

Bezugspreis:
Direktbestell. 9.- M. monatl. 10.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar.
Postbezug: Monatlich 10.- M. einschl.
Postgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Pommerngebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Rumänien 20.- M. für
das übrige Ausland 25.- M.
Postbestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntags-
beilage 'Volk und Welt', der Unter-
haltungsbeilage 'Heimwelt' und der
Beilage 'Erziehung und Erziehung'
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
ntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morisplatz 15195-97
Expedition Morisplatz 11753-54

Donnerstag, den 30. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Morisplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die schwebelichte Komposition
kostet 5,50 M. 'Kleine Anzeigen'
das fertige Blatt 1,50 M. (ein-
malig) zwei fertige Blätter, jedes
weiteren Blatt 1.- M.
Schlagzeile und Schlagzeilenanzeigen das erste
Blatt 1.- M. jedes weitere Blatt
60 Pf.
Wiederholungen über 10 Blätter
werden für zwei Blätter. Familien-An-
zeigen für Bekanntgabe Seite 2.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeld.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Vergleichsamt, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden.
Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Kemalisten nach Konstantinopel.

Paris, 29. Juni. Nach einer Havas-Meldung aus Konstan-
tinopel vom 28. Juni haben die griechischen Truppen Ismid
bereits gestern geräumt, wodurch die Kemalisten

freie Bahn nach Konstantinopel

haben. Die Stadt Ismid ist von ungefähr 30 000 Flüchtlingen über-
füllt. Die griechischen Behörden haben alle griechischen Dampfer
für den Heimtransport der Flüchtlinge beschlagnahmt. Eine An-
zahl von ihnen ist bereits in Konstantinopel ausgeschifft worden.

Zurücknahme des Selbstschutzes.

Oppeln, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Bis-
her ist die fristgemäße Räumung des vom Selbstschutz besetzten
Gebietes ordnungsgemäß vor sich gegangen. Der größte Teil der Selbst-
schutzleute marschiert in geschlossenen Verbänden zurück. Viele
Studenten, die dem Selbstschutz angehörten, verlassen die Abteilungen
bereits in den bisherigen Standorten, um die Heimreise anzutreten.
Der erste Transportzug mit Selbstschutzleuten passierte heute
nachmittag die mittelschlesische Grenze.

Auf einer am Donnerstag nachmittag übernommenen Besich-
tigungsfahrt durch das von den Polen in der ersten Etappe zu
räumende Gebiet konnte ich feststellen, daß die Räumung voll-
zogen ist. Polnische Posten sind nicht mehr anwesend, jedoch
zeigen sich viele waffenlose Leute, die durch ihre Kleidung, ins-
besondere die Kopfbedeckung, die Teilnahme an dem Polenputsch
dokumentieren. In den meisten Dörfern waren die Firmenschilder
mit deutschen Namen überstrichen und polnisch geändert. Vereinzelt
erinnerten auch noch vorhandene polnische Fahnen oder Triumph-
bogen mit einem 'Es lebe Polen' an die aufgehobene Insurgenten-
herrschaft. Die Räumung der Straße von Gleiwitz nach Hin-
denburg mußte unter dem Druck der Engländer am Mittwoch
vormittag mit fünf Tanks vorgenommen werden. Die Stadt
Hindenburg selbst, in der sich noch Hallersoldaten aufhielten,
machte einen äußerst drückenden Eindruck.

Die geräumten Dörfer befinden sich bisher noch nicht unter
dem Schutze der Ententestaaten. Nur hier und da sieht
man vereinzelt Angehörige der alliierten Truppenmacht auftreten,
ein Zustand, der die Polen zu neuen Mißhandlungen der Deutschen
reizen kann. Bedenkt man, daß sich in den Städten die Truppen-
macht der Entente hauptsächlich konzentriert, wo es weniger not-
wendig erscheint, das Land dagegen den ansässigen Insurgenten,
die ihre Gewehre im sicheren Versteck aufheben, überlassen wird,
dann muß man der Auffassung werden, daß es der A. mit dem
verprochenen Schutz auf dem Lande nicht ernst ist. Angesichts der
Gefahr — und diese Gefahr ist nicht klein — neuer Ver-
stöße gegen Leben und Eigentum der Deutschen muß von der Reichs-
regierung gefordert werden, daß sie umgehend bei den Entente-
mächten und der Interalliierten Kommission für den unbedingt not-
wendigen Schutz eintritt.

Hindenburg, 28. Juni. Die Stadt und die umliegenden Dörfer
Rathesdorf, Sosniza usw. sind von Insurgenten frei. Züge
abmarschierender Insurgenten marschieren durch die Stadt.

Ein Zwischenfall.

Oppeln, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht des 'Vorwärts'.) Wie
ich nachträglich erfahre, kam der Rückmarsch des Selbst-
schutzes am Mittwoch nachmittag auf der Nordfront ins
Stocken, nachdem man erfahren hatte, daß die Polen die
Gegend um Subliny noch nicht restlos geräumt hatten. Durch
Vermittlung eines englischen Generals wurde der beiderseitige Rück-
zug jedoch nach einigen Stunden fortgesetzt. Inwieweit die Polen
den Aufenthalt des deutschen Selbstschutzes verschärfen, konnten wir
bisher nicht restlos ermitteln.

Patrioten oder — ?

Berlin, 29. Juni. (W.B.) Reuter meldet aus Warschau, daß
auf Einladung der polnischen Insurgenten eine Konferenz
zwischen den ober-schlesischen deutschen Großindustriellen
und den Insurgenten stattgefunden habe. Diese Meldung ist
insofern richtig, als vor einigen Tagen in der Schule von
Schoppitz eine Besprechung zwischen Korsanty und einigen Wert-
vertretern stattgefunden hat. Diese Herren waren unter Bedrohung
zu der Sitzung geladen und mußten sich dem Zwange fügen. Von
den Chefs der Vermittlungen war niemand erschienen,
nur Unterdirektoren ohne Vollmacht, die den Insurgenten erreichbar
wären, hatten dem Drucke Folge geleistet, ohne vorher irgendwelche
Fühlungnahme mit den Zentralleitungen genommen zu haben. Die
Wertvertefher haben übrigens keinerlei Zusicherungen gemacht, son-
dern den polnischen Ausführungen, die sich auf die Möglichkeit der
Hebung der im Zusammenbruch befindlichen ober-schlesischen Wirt-
schaft erstreckten, lebhaft widersprochen.

Das jugoslawische Parlament nahm mit 223 gegen 35 Stimmen
die Verfassungsvorlage der Regierung in dritter Lesung
an. Ein Teil der Bauernbündler, der Sozialdemokraten und Repu-
blikaner gaben Erklärungen ab, worin sie ihre ablehnende Haltung
damit begründeten, daß in der Verfassung ihre parteipolitischen Prin-
zipien keine oder nur eine geringe Beachtung gefunden hätten.

300 Millionen Goldmark bis zum 1. Mai 1922

Berlin, 29. Juni. (W.B.) Wie wir hören, ist bei den Ver-
handlungen mit dem Garantiefomitee festgestellt worden, daß außer
der bis zum 31. August zu zahlenden eine Milliarde Goldmark in
dem ersten Reparationsjahr bis zum 1. Mai 1922 an Devisen nur
noch 300 Millionen Goldmark zu zahlen sind, während die übrigen
nach dem Zahlungsplan zu leistenden Summen durch Sach-
leistungen und durch die Erhebung der Ausfuhrabgabe
in den Ententeländern abgegolten werden.

Die Pariser Besprechungen.

Paris, 29. Juni. (E.E.) Heute nachmittag fanden Besprechun-
gen zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen unter
dem Vorsitz von Seydoux statt. Es wurde nur von der Erstattung
des durch Deutschland während des Krieges beschlagnahmten
Materials gesprochen. Später begannen die Beratungen über
die deutschen Naturalienleistungen.

Fünf Kammerresolutionen.

Richtlinien für Frankreichs auswärtige Politik.

Paris, 29. Juni. (E.E.) Die Kammerkommission für auswärtige
Angelegenheiten erörterte heute die jüngsten Erklärungen des Mini-
sterpräsidenten Briand über die auswärtige Politik und nahm fünf
verschiedene Resolutionen an. In der ersten wird dargelegt, daß die
Kommission auf die Regierung einwirke, damit keine der militäri-
schen oder wirtschaftlichen Sanktionen, die im März oder
April d. J. gegen Deutschland in Anwendung gebracht wurden, vor
der vollständigen Durchführung der Verpflichtungen Deutschlands
aufgehoben werde.

Die zweite Resolution lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung
auf die ober-schlesische Frage. Die Teilung Oberschlesiens
müsse nach der Volksabstimmung Gemeinde für Gemeinde erfolgen
und dabei den Wünschen der Bevölkerung Rechnung getragen wer-
den, was die geographische und wirtschaftliche Lage des Landes be-
trifft.

In der dritten Resolution wird erklärt, daß Frankreich nach Ab-
kehrung der Vermittlung der Alliierten durch die griechische
Regierung unter keinem Vorwand dieser Regierung finanzielle
oder militärische Hilfe direkt oder indirekt leisten dürfe.

In der fünften Resolution wird vom 8. Juni 1921 ab die
Veröffentlichung aller Geheimhaltungen der Kammer
oder der Kammerausschüsse gefordert, insofern die Regierung keinen
Einspruch erhebt. Das Protokoll dieser Sitzung wurde dem Minister-
präsidenten übermittelt.

Der 'Temps' schreibt: Die Interpellation über die Auf-
hebung der Sanktionen bringt die deutsch-französischen Ver-
handlungen in Gefahr. Der deutsche Botschafter besuchte gestern
abend Briand. Die deutsche Regierung wird also heute wissen, wie
die französische Regierung über diese Angelegenheit denkt, das näm-
lich Frankreich einzuweisen in eine Aufhebung der Sanktionen nicht
willigen kann. Die deutschen Republikaner müßten erst beweisen,
daß sie Herren im eigenen Hause sind. Man habe nicht den Ein-
druck, daß das Kabinett Wirth festen Bestand haben
würde. Frankreich habe aber den festen Willen, zu ermöglichen, daß
die demokratische Entwicklung in Deutschland ihren Lauf nehmen
kann.

Dieser demokratischen Entwicklung arbeitet man aber
entgegen, wenn man Deutschlands gerechte Ansprüche in der
ober-schlesischen und in der Sanktionsfrage mißachtet, wie es
in den fünf Resolutionen geschieht! Frankreich hat es in
der Hand, dem Kabinett Wirth 'festen Bestand' zu geben
und damit den Wiederaufbau Europas zu unterstützen.

Verbotene Anwerbungen in Sachsen.

Dresden, 29. Juni. (M.) Im sächsischen Landtag ergriff heute
der unabhängige Minister Dipinski zur Beantwortung der deutsch-
nationalen Anfrage, die sich mit der in der Presse schon lebhaft er-
örterten Hausjuchung in der deutsch-nationalen Beschäftigung
beschäftigt, das Wort. Er führte aus, daß in Sachsen trotz des Verbotes
weitere Anwerbungen für den ober-schlesischen Selbstschutz
stattgefunden hätten. Der Schutz Oberschlesiens sei für die Ange-
worbene nur ein Vorwand, um im Reiche eine bewaffnete reaktio-
näre Macht zu bilden. (Unruhe rechts.) Die Angeworbenen hätten
Einzelfahrkarten bekommen, da größere Transporte ausgefallen
wären. Einige in Leipzig angeworbene Mitglieder seien angehalten
worden und hätten so belastende Aussagen gemacht, daß der Minister
erst in Leipzig, dann in Dresden Hausjuchungen abhalten ließ.
Es sei sehr belastendes Material vorgefunden worden, das dem
Staatsanwalt zur strafrechtlichen Verfolgung übergeben worden sei.
Aus einem vorgefundenen Verzeichnis seien 151 Angeworbene
namentlich festgestellt worden. Das Ministerium habe keine
Episoden angeordnet, billige aber das Vorgehen der Polizei-
behörden.

Die Entwaffnungskommission des Völkerverbundes ist von ihrem
Vorsitzenden Sibiani für den 18. Juli nach Paris zusammenberufen.

Harakiri der Kahr-Koalition.

Aus München wird uns geschrieben:

Der Krug geht so lange zu Wasser bis er bricht — oft ber-
kommt er auch vorher einen Riß. Einen solchen Riß bekam
die Kahr-Koalition am letzten Montag im Ver-
fassungsausschuß des bayerischen Landtages,
als sämtliche Vertreter der zur Koalition gehörenden
Parteien, mit Ausnahme der zur Bayerischen Volks-
partei (ehemaliges Zentrum) zählenden, gegen die Re-
gierung stimmten.

Der Vorgang wirft ein so helles Licht auf die innere
Brüchigkeit dieses zusammengestoppelten Gemengfels, daß er
eine Würdigung verdient. In Bayern gibt es kein Schulgesetz,
nur einen Wust von Verordnungen. Nach dem im
Mai 1919 getroffenen Bamberger Abkommen und
einer besonderen Ermächtigung erließ der damalige Minister-
präsident und Kultusminister Genosse Hoffmann am
28. August eine alte Forderungen der Lehrerschaft erfüllende
Schulverordnung, die mit den größten Rückständigkeiten auf-
räumte und vor allem der geistlichen Schulaufsicht
ein Ende bereitete. Sie beseitigte die Jahrhunderte alte heftige
Notmäßigkeit der Lehrer unter der Fuchtel der Akerisei.
Grund genug für sie wie ihre politischen Mandatäre, auf ihre
Beseitigung bedacht zu sein. Deshalb bildeten die Entchrist-
lichung der Schule und die Religionsfeindlichkeit der Sozial-
demokratie eine der zugrätigsten Parolen der Bayerischen
Volkspartei bei den Landtagswahlen von 1920.

Indessen war diese Partei auch darauf bedacht, auf parla-
mentarischem Wege jeden kulturellen Fortschritt auf dem Schul-
gebiete rückgängig zu machen. Dazu sollte auch die Verord-
nung des Kultusministers Matt vom 4. Juni d. J. dienen.
Durch sie sollten der Hoffmannschen Verordnung alle
„Gitzähne“ ausgebrochen, die Selbstverwötung der Volks-
schule gründlich beseitigt, und das alte autoritative System mit
der Einschümelung der Geistlichen in die Schulaufsicht
wiederhergestellt werden. Diese Verordnung sollte am
Montag im Verfassungsausschuß zur Beratung kommen. Vor-
her aber gab der Kultusminister Matt eine Erklärung ab,
wonach die Regierung dem Landtage das Recht ab-
spricht, über den, 21 Paragraphen enthaltenden, die
Schulpflicht betreffenden Teil der Verordnung ab-
ändernde Beschlüsse zu fassen. Und dieses Attentat auf die
bisher eingehaltene Praxis und die Souveränität der Volks-
vertretung wurde verdrämt mit der Pflicht der Regierung,
die Verfassung zu schützen und den Landtag vor Ver-
fassungsverletzungen des § 46 der Verfassung zu bewahren.
Nun sagt dieser Paragraph klar und deutlich:

„Verordnungen, welche die Einrichtung oder Veränderung von
Behörden oder Stellen betreffen, sind dem Landtage zur Ge-
nehmigung vorzulegen.“

Die in der Auslegungstafel lange genug gestohlenen baye-
rischen Dunkelmänner brauchten also nur vorauszufragen, daß
die „Schulpflichtigkeit“ trotz der ihr eingeräumten weitgehenden
Befugnisse keine Behörde sei, um daraus den Schluß zu
ziehen, daß die Regierung ihrem wegen vom Landtage völlig
unabhängig sei.

Da in der Begründung der als Einheit vorgelegten
„Verordnung über Schulpflicht, Schulleitung und Schulauf-
sicht“ ausdrücklich auf die Notwendigkeit einer nachträglichen
Zustimmung des Landtages zu der Hoffmannschen Verordnung
hingewiesen war, so bildete die plötzliche Erklärung des Mi-
nisters eine sensationelle Ueberraschung. Alle
Redner der Koalitionsparteien — Demokraten, Mittel-
partei und Bauernbund — wandten sich entschieden
gegen die nur von der Bayerischen Volkspartei mit juristischen
Spitzfindigkeiten verteidigte Ueberwältigung der Re-
gierung. Die Entrüstung kristallisierte sich in der mit allen
außer den volksparteilichen Stimmen — die Volkspartei ent-
hielt sich der Abstimmung — erfolgten Annahme eines demo-
kratischen Antrages, der ausspricht, daß die ganze Ver-
ordnung, gemäß des § 46 der Verfassung, der
Zustimmung des Landtages unterliegen
müsse.

Der schöne Plan war damit ins Wasser gefallen. Der
Kultusminister und seine volksparteilichen Freunde zeigten
verdächtige Gesichter. Denn nun ist an eine Beratung der
Vorlage nicht eher zu denken, als bis der Staatsgerichts-
hof über die Auslegungstafel der Regierung Kahr sein
Urteil gefällt hat. Die demnächst stattfindende Vollversamm-
lung des Landtages wird aller Wahrscheinlichkeit nach sich dem
Beschlusse des Ausschusses anschließen. Damit ist der ver-
fassungswidrige Konflikt zwischen Regierung und Volks-
vertretung gegeben. Das von der Regierung beliebte plumpe
Verfahren ist zu durchsichtig, um einen Umfall der wider-
spenstigen Koalitionsparteien befürchten zu lassen, haben es
ihre eigenen Minister doch nicht einmal der Mühe wert
gehalten, ihren Fraktionen auch nur eine Andeutung
von dem geplanten Ueberfall zu geben. Und lebten wir in
Bayern in einem wirklich parlamentarisch regierten Staate,
so müßte die Koalition schon jetzt gesprengt sein
und Herr Matt jedenfalls zurücktreten. Die nächsten Tage

werden zeigen, ob insbesondere die bayerischen Demokraten sich noch so viel politisches Rückenmark bewahrt haben, um die vom Abg. Müller (einmal Meiningen) angeordneten Konsequenzen auch wirklich zu ziehen.

Aber was auch geschehen mag, der innere Zerfall der Koalition muß wegen der Kulturfeindlichkeit der stärksten Partei und ihrer Minister über kurz oder lang auch den äußeren Zusammenbruch zeitigen. Insbesondere kann die Sozialdemokratie in Bayern in Schulfragen auf die Unterfütterung weiter bürgerlicher Kreise rechnen. Denn auch sie sind Gegner eines Rückschrittes im Schulwesen, der Bayern, ginge es nach dem Verlangen der Wohlmuht und Matt, einen tiefschwarzen Fleck auf der europäischen Landkarte verschaffen müßte.

Die Affäre auf die Schule und die Rechte des Landtages hat daher eine große politische Bedeutung. Sie stellt die kulturellen Gegensätze in den Vordergrund des Interesses. Sehen das die Dunkelmänner ein, so werden sie kreben, aber die Wirkung ihres Vorgehens verpufft deshalb nicht. Zu den treibenden Motiven dürfte auch das Bestreben gehören, bevor das „Damoskesswert des Reichs schuldiges“ auf Bayern herniederläßt, noch einiges schnell unter Dach und Fach zu bringen, um es vor der neuen Gestaltung des Schulwesens zu retten. Man nennt das hier „stammeseigentümliche Kulturwerte“ vor den Preußen sichern!

### Es war ein Irrtum!

München, 29. Juni. (U.) Die heutige Veröffentlichung der „M. N.“ über eine Verordnung der bayerischen Regierung über die Auflösung der Einwohnerwehren beruht auf einem Irrtum. Es handelt sich lediglich darum, daß an der Spitze des gestrigen amtlichen „Bayerischen Staatsanzeigers“ die bayerische Regierung die Verordnung hätte veröffentlicht lassen, welche der Reichskanzler am 25. Juni über die Auflösung der Selbstschutzorganisationen erlassen hat.

Das heißt: Die bayerische Regierung führt ihre Politik der passiven Resistenz, in der Entwaffnungsfrage selber keinen Finger zu rühren, konsequent weiter. Daher „Regierung der Reichstreue“.

### Das konfisziert Pöhner!

Im Abendblatt vom 29. Juni hatten wir gemeldet, daß in München ein sozialdemokratisches Flugblatt konfisziert worden ist. Um der Welt einen Begriff davon zu geben, welcher Art die Meinungsäußerungen sind, die man in München mit Gewalt unterdrückt, geben wir die Kernsätze des beschlagnahmten Flugblattes wieder. Sie lauten:

Sein Volk liebhaben, heißt nicht Auskrumpfen, Maulaufreißen, Ehrabschneiden. Sein Volk liebhaben, heißt an alle Kinder des Volkes denken, an die Armen und Schwachen und Kranken, auch an die Verirrten und Verdorbenen; die schlägt man nicht mit dem Knüttel tot, sondern zu denen spricht man wie der Vater zum Sohn! Und für Ausschreitungen sind genügend Gesetze und Institutionen zur Sühne vorhanden. Wer das deutsche Volk wirklich lieb hat, der denkt nicht nur an sein eigen Haus und Hof und das Stück Land, das man vom Kirchturn gerade übersehen kann, der sorgt sich auch um die hungrigen Brüder in den Fabriken, in den Werften und in den Bergwerken.

In dem Wahnsinn dieser Zeit glüht ein Meer von Funken eines neuen Menschentums. Es entzündet sich in jeder kleinen Hütte, in dem Steinhaus, bei euch oben in den Bergen und bei uns im Tal und der Ebene!

Denn der Haß wird sterben und die Liebe wird leben!

Der Oberländer, der Schwabe, der Niederländer und der Franke, der Landbewohner wie der Städter, alle lieben sie ihre Heimat und die Religion, in der sie erzogen sind.

Lassen wir die Religion, die Herzenssache jedes einzelnen ist, nicht zu politischen Geschäften und zur Verheerung mißbrauchen. Diejenigen, die das Leben zu anderer Anschauung gebracht hat, sind nicht

mindere Charakters. Vernun wir wenigstens auf diesem Gebiete die Ueberzeugung des einzelnen achten!

Bekennen wir uns zur Religion der Armen und Schwachen, der Arbeitenden!

Dann wird niemals eine fanatische Faust aus Bayerns stämmigen Söhnen sich gegen einen der Unseren erheben! Dann wird auch er unser Evangelium begreifen:

Du bist ein Mensch! Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst! Du sollst nicht ausbeuten! Du sollst nicht töten!

Das also wird konfisziert! Davon werden Platten und Matrizen zerstört! Aber zu Mord und Totschlag auffordern an denen, die so denken, darf man — durfte man wenigstens noch bis vor kurzer Zeit!

Wie lange soll dieser Zustand noch dauern, der eine Schande für ganz Deutschland ist!?

### Kein Meineidverfahren gegen Erzberger.

Die Berichtskorrespondenz Thiele meldet, daß in der Straßsache gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger wegen Meineids die 10. Strafkammer des Landgerichts I beschloß, den beschuldigten Erzberger wegen Mangels an Beweise auf Kosten der Staatskasse außer Verfolgung zu setzen. Der Generalstaatsanwalt hatte vorher das gleiche beantragt.

Die angebliche Eidesverletzung Erzbergers soll im Hefferrich-Prozess festgestellt worden sein. Mit der Einstellung des Verfahrens hat das Landgericht sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Urteilsfeststellung im Hefferrich-Prozess, soweit sie Erzberger absichtliche Verletzung der Eidespflicht in diesem Prozeß vorwirft, in den Tatsachen keine Stütze findet. Auch die von Herrn Hefferrich als Zeugen angeführten Punkte, in denen Hefferrich eine Verletzung der Eidespflicht erblickt, sind seitens der Staatsanwaltschaft und des Gerichts geprüft und für unbegründet erklärt worden.

Damit ist wieder einmal ein großes Agitationsstück der Deutschenationalen zu nichts geworden. Noch in den letzten Tagen hat sich die „Kreuzzeitung“ krampfhaft bemüht, durch spaltenlange Gegenüberstellungen Erzberger als Meineidigen hinzustellen.

Der Reichsausschuß der Deutschen Zentrums-partei behandelte am Mittwoch die Angelegenheit Erzberger. Nach dem Bericht der II. ergriff zunächst Geh. Rat Trimborn das Wort, um eine Darstellung der gesamten Erzberger-Angelegenheit zu geben. Nach Trimborn erhielt Abg. Erzberger selbst das Wort zu einer längeren Verteidigungsrede, worauf eine Mittagspause eintrat. In der Sitzung nahm außer dem Reichsarbeitsminister Brauns auch der Reichskanzler teil, der vormittags eine längere Rede hielt.

### Korruption: Jetzt oder einst?

Im Casseler Stadtparlament hat Oberbürgermeister Scheidemann eine sündliche Abrechnung mit den Urhebern der gegen ihn gerichteten Heße gehalten. Die Berliner rechtsstehende Presse ließ sich noch am selben Tage telefonieren, daß Scheidemann kläglich unterlegen sei und seine Lage als Oberbürgermeister gefährdet wäre. Der inzwischen eingetroffene Bericht jener Sitzung zeigt, daß hier einmal wieder die Fügigkeit auf Kosten der Richtigkeit gegangen ist.

Die vom Genossen Scheidemann vorgebrachten Tatsachen waren so niederschmetternd für die Ankläger, daß die späteren bürgerlichen Diskussionsredner von den angeblichen Fehlern Scheidemanns in der Stadtverwaltung gar nicht mehr zu reden wagten, sondern frank und frei erklärten, die Opposition richtete sich gegen den Oberbürgermeister Scheidemann, sondern gegen den Politiker Scheidemann, weil seine Reden in Volkssammlungen den Herren nicht gefielen! Keiner von ihnen konnte Scheidemanns Feststellungen bestreiten, daß Cassel von allen deutschen Großstädten mit seinem Haushalt am besten abschneidet.

Am klüglichen aber brach der Vorwurf der „Günstlingswirtschaft“ zusammen, der darauf basiert, daß als Jugendpfliegerinnen „zufällig“ zwei Töchter von sozialdemokratischen Stadtverordneten

angestellt worden seien. Genosse Scheidemann konnte darauf nicht nur erwidern, daß niemand die Qualifikation der beiden Damen für ihr Amt bestritten hätte, sondern er erinnerte daran, daß er selbst vor Jahren als Casseler Stadtverordneter eine Interpellation eingebracht hatte, in der die Tatsache enthüllt wurde, daß bei der Vergebung von höchstlichen Millionenaufträgen im alten Cassel alle ausführenden Unternehmer „zufällig“ Mitglieder der bürgerlichen Stadtverordnetenfraktionen gewesen sind! Ueber diese Feststellung konnten die bürgerlichen Parteien nur durch verlegenes Schweigen quittieren, und der gehässigste Gegner Scheidemanns, ein Justizrat Brill, gestand seine völlige Kalklosigkeit ein, indem er nach anfänglicher Wortmeldung aufs Wort verzichtete.

### Der Jagow-Skandal.

Es verdient Beachtung, daß im Falle Jagow gerade auch die demokratische Presse mit großer Entschiedenheit gegen den Skandal in der Justizverwaltung Stellung nimmt.

Die „Bos. Zig.“ verleiht Herrn v. Jagow mit einem ungezogenen Schulters, der sich von seinen Eltern einen falschen Entschuldigungsbrief schreiben läßt, um schwänzen zu können. Mit Recht weist das Blatt darauf hin, daß nach diesen Vorgängen kein Grund mehr besteht, auf Eingaben und Klagen des Herrn Geheimen Justizrats Dr. v. Gordon (Jagows Verteidiger) irgendwelches Gewicht zu legen. Wir finden, daß die Anwaltskammer Ursache hätte, sich mit Herrn Dr. v. Gordons Eingaben näher zu befassen. Wenn schließlich die „Bos. Zig.“ erklärt, man werde Jagow finden, wenn man ihn sucht, so liegt darin ein berechtigter Vorwurf gegen die, die ihn bisher für unauffindbar erklärt haben.

Das „B. L.“ beleuchtet den Fall Jagow von der juristischen Seite und kommt zu der auch hier schon aufgeworfenen Frage, wieso denn die Kautelen des Herrn v. Jagow nicht für verfallen erklärt ist, wenn Jagow Vorladungen keine Folge leistet. Weiter findet das „B. L.“ überraschend, daß das Reichsgericht immer noch nicht dazu gekommen ist, Hauptverhandlungstermin anzusetzen.

Die Kritik der demokratischen Presse sollte Herrn Justizminister Schiffer zu denken geben.

### Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Antrage seines Unterausschusses, der die grundsätzliche Regelung der Erwerbslosenfürsorge behandelt. Dies Problem soll in erster Linie durch eine planmäßige Umsichtung der Bevölkerung gelöst werden. Das Arbeitslosenproblem ist mit den Fragen der Wirtschaft aufs engste verbunden. Erwerbslose, die keine Beschäftigung finden können, brauchen zur Sicherung des Existenzminimums eine finanzielle Unterstützung. Vor allem aber muß man den Beschäftigungslosen Arbeit verschaffen. Dazu dient erstens eine großzügige

#### Neusiedlung und Umsiedlung.

zweitens die Vereinfachung der dazu erforderlichen Mittel, drittens eine Abänderung des Reichsiedlungsgesetzes. Um die noch bestehenden Hemmnisse der Siedlung zu beseitigen, viertens die Umkehrung städtischer Arbeiter für Landwirtschaft und Gartenbau, fünftens die Schaffung von Kulturgürteln, namentlich um die großen Städte durch Ruhbarmachung von Oedflächen und Ausbau zu gärtnerischer Siedlung, sechstens die Förderung der Kultivierung und Besiedlung von Moorlandbereichen unter möglicher Verknüpfung des Naturzweiges. Der Arbeitsbeschaffung soll vor allem eine Förderung des Baugewerbes in Stadt und Land dienen, und zwar: 1. durch Baubehilfe, 2. durch Anregung der privaten Bautätigkeit auf dem Wege steuerlicher Erleichterung und freier Verfügung über Neubauten, 3. die Bekämpfung ungesund hoher Preise der Baustoffe, 4. durch schnellere Förderung des Baues von Kanälen, 5. durch Ausbau notwendiger Verkehrsstraßen und Wiederherstellung fast abgenutzter Landstraßen, 6. durch Beschleunigung der Wiederaufbauarbeiten, 7. soll mit den

#### Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge

die allgemeine Ausbesserungsarbeit an den Wohnhäusern in Angriff genommen werden. Vor allem sollen die Erneuerungsarbeiten der öffentlichen Verkehrsbetriebe schnellstmöglich in Auftrag gegeben und die Mittel bereitgestellt werden.

### Ein Gespräch mit Einstein.

Professor Albert Einstein, der noch vor dem Betreten amerikanischen Bodens das Ehrenbürgerrecht von New York erhielt und dem Englands Wissenschaft die höchste Ehre, die Mitgliedschaft der „Royal Society“ verliehen hat, gab uns die Möglichkeit, den Lesern des „Vorwärts“ seine Eindrücke aus Nordamerika und Großbritannien mitzuteilen, indem er unserem Vertreter einige Fragen beantwortete. Die Unterhaltung nahm folgenden Verlauf:

Hatten Sie drüben den Eindruck, daß der aufrichtige Wille besteht, die Internationale der Wissenschaft wiederherzustellen?

Einstein: In Amerika hat die weit überwiegende Zahl der wissenschaftlichen Arbeiter das Bedürfnis nach Wiederherstellung des normalen internationalen Zusammenarbeitens. Diejenigen, die da noch abseits stehen, tun es deshalb, weil sie sich in der aufgeregten Kriegszeit durch öffentliche Erklärungen auf den gegenseitigen Standpunkt eingelassen haben. Ich habe in Washington in einer kleinen Rede vor den Vertretern der amerikanischen Akademien etwa gesagt, daß die Haltung der Wissenschaftler aller Länder in diesen letzten Jahren eine Schande für unsere Generation bilde und daß es die Pflicht aller sei, nach Kräften diese Schäden wiedergutzumachen. Ich bin damit weder bei den Anwesenden, noch in der Presse auf Widerspruch gestoßen. Einige Tage später hat der Sekretär der Akademie in Boston, bei der ich zu Gaste war, von sich aus ebenfalls die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung internationaler wissenschaftlicher Arbeit betont. Auch von den einzelnen Fachgenossen und wissenschaftlichen Instituten bin ich durchwegs mit größter Freundlichkeit aufgenommen worden.

Bemühtlich in noch höherem Grade zeigte sich der Verständigungswille in England, auch schon dadurch, daß die Engländer mich durch die Vermittlung der deutschen Botschaft eingeladen haben, was an sich gar nicht notwendig gewesen war, da ich Schweizer bin; ich glaube, daß das geschehen ist, um meine Anwesenheit zur Bekundung und Begründung des guten Willens zur Herstellung internationaler wissenschaftlicher Beziehungen benutzen zu können. Ferner sind nicht nur privatim von Männern der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens Äußerungen im Sinne des Verständigungswillens mir gegenüber gemacht worden, sondern es hat insbesondere der Rektor des Kings College in London bei einem für mich gegebenen offiziellen Essen nach meinem Vortrag in deutscher Sprache den Verständigungswillen gegenüber den deutschen Gelehrten ausdrücklich verkündet und dies war der einzige Inhalt seiner Rede, soweit sie sich auf Deutschland bezog.

Glauben Sie auch praktische Wirkungen dieser Geneigtheit zur Zusammenarbeit erwarten zu können?

Einstein: Unbedingt! Nach meiner Ueberzeugung ist der gute Wille zur Heilung der geschlagenen Wunden so gut wie allgemein vorhanden und es ist, trotz der auch begangenen Fehler geschaffenen

unerfreulichen Situation zu hoffen, daß in absehbarer Zeit der normale Zustand der Dinge wiederhergestellt wird.

Welchen Eindruck hatten Sie von den politischen und sozialen Verhältnissen in Amerika und England?

Einstein: Soviel mir die vielfache Inanspruchnahme Zeit ließ, mich danach anzusehen, hörte ich, daß bei all dem ungeheuren Reichtum Amerikas die Geschäftswelt zwar klagt; indessen scheint die Krise nicht so ernst zu sein wie in England, wo Industrie und Geschäftslaute gar nicht unglücklich über den großen Bergarbeiterstreik waren, weil er durch Stilllegung der Produktion die Lager räumte.

Wie ist denn die Volksstimmung gegen Deutschland, immer noch Haß oder Wandel?

Einstein: Die öffentliche Meinung der Volksmasse in Amerika steht noch erheblich unter dem Eindruck der Kriegsliteratur. Ich war z. B. der erste, der es wagen konnte, vor Hörern, die nicht von deutschen Korporationen eingeladen waren, deutsch zu sprechen, und man hatte sogar gewisse Besorgnisse, ob es glatt ablaufen würde! Im allgemeinen ist aber die Stimmung viel besser geworden, auch in England. In den unmisslichen Ländern angelsächsischer Zunge dürfte es auf die Dauer nicht unbeachtet bleiben, daß Deutschland heute unter militärischem Druck steht. Wenn Deutschland nicht Fehler begeht, wird von einem Haß gegen uns bald nicht mehr die Rede sein. Es ist nicht meine Sache, das zu konstatieren, aber es ist ja allgemein bekannt, daß England die Kriegsrüstung abgelegt hat.

Ihre Reise diente auch den Bestrebungen zur Errichtung einer jüdischen Heimstatt in Palästina?

Einstein: Der Zweck meiner Amerikareise war einzig und allein, die rein materielle Grundlage zu schaffen für die Universität in Jerusalem; das ist auch gelungen, wenigstens für die medizinische Fakultät, und ich zweifle nicht, daß sich das andere auch wird machen lassen.

Soll diese Universität nur Juden zugänglich sein?

Einstein: Das ist meines Wissens nicht geplant. Aber da Hebräisch als Unterrichtssprache vorgesehen ist, und bei den nationalen Tendenzen ihrer Gründer dürfte die Universität praktisch wohl eine jüdische Hochschule werden.

Sie haben gewiß auch für die deutsche notleidende Wissenschaft etwas zu tun versucht?

Einstein: Selbstverständlich; ich habe einen großen Vortrag in diesem Sinne in New York gehalten und im Anschluß daran ist eine Menge Geld eingegangen. Auch sonst habe ich Verbindungen im Interesse der Nothilfe für die deutsche Wissenschaft angeknüpft. Wie denken Sie über das Verhältnis von Deutschland und Judentum, von nationaler und sozialer Idee?

Einstein: Ich bin grundsätzlich sehr kosmopolitisch. Da ich aber sehe, daß das kleine Volk der Juden eingestreut ist in andere, heute sehr nationalistisch eingestellte Völker, so erscheint es mir als ein Gebot der Selbsterhaltung, den nationalen Sinn unter den Juden

soweit zu pflegen, als es für ihre Existenz notwendig ist. Das scheint mir gerade bei den deutschen Juden notwendig, unter denen viele oftmals nicht gerade vorbildlich an Selbstahtung und Würde gemessen sind. Die nationale Idee, wie ich sie verstehe, als die des Eintretens der Glieder eines Volkes für einander, ist wohl zugleich sozial.

Mit diesem Hinweis auf die Verbindung des nationalen mit dem sozialen Gedanken schloß der Gelehrte seine Darlegungen.

Die Verfasserin von „Onkel Toms Hütte“, Harriet Beecher Stowe, deren Todestag morgen zum 25. Mal wiederkehrt, zählt zu den wenigen Schriftstellerinnen der Weltliteratur, die durch ein belletristisches Werk entscheidenden Einfluß auf die soziale Entwicklung ihrer Zeit ausgeübt haben. Ihre rührende Schilderung des amerikanischen Skavenlebens hat nicht nur Millionen Lesern heiße Tränen erpreßt, sondern sie hat die praktische Aktion der Skavenbefreiung, den Kampf der amerikanischen Regier um ihre Menschenrechte, aufs wirksamste und segensreichste beeinflusst. Die Romanfigur des Wohlthäters George Harris wurde das Vorbild aller modernen Regierungen.

Der Erfolg des Buches, das 1852 zum erstenmal erschien, war beispiellos. In acht Wochen wurden in Amerika 100 000 Exemplare verkauft, in England in einem Jahre eine Million. Uebersetzungen verbreiteten es in alle Länder der Welt. Sein Stoff ist nicht weniger als zwanzigmal dramatisiert worden. Bei uns bildet „Onkel Toms Hütte“ einen festen Bestandteil der Jugendliteratur, in den amerikanischen Bibliotheken aber wird es, wie die Statistik ausweist, auch von den erwachsenen Lesern noch heute häufiger verlangt als jedes andere Buch.

Ein riesiger Bildhauer. Der Bildhauer Jakob Schmitt in Frankfurt a. M., der im ersten Kriegsjahre durch eine Schußverletzung das Augenlicht verlor, arbeitet zurzeit in der Werkstatt von Professor Hausmann im Frankfurter Kunstgewerbeinstitut an einem großen Kriegerdenkmal für den Mainzer Dom. Schmitt hat in mühsamer Selbstschulung und Umstellung ein System gefunden, um nur mit dem Laststein Formen zu schaffen.

Steinbohrende Insekten. Insekten, die in Stein Löcher bohren, waren schon früher gelegentlich an verschiedenen Küsten gefunden worden. Jetzt hat der amerikanische Naturforscher A. Barrows einen solchen Steinbohrer an der Bucht von San Francisco genau beobachtet. Es ist eine Affel von etwa 3 Zentimeter Länge und 0,5 Zentimeter Breite. Die Tierchen beißen mit ihren starken Kauwerkzeugen kleine Steinflöchen ab und hohlen sich auf diese Weise einen Gang in dem Gestein aus, in dem sie sich verbergen. Der weiche Tuffstein bietet ihnen weniger Schwierigkeiten bei dieser Arbeit als der Sandstein. Es werden daher im Sandstein von ihnen nur die lockeren Schichten durchlöchert, während der Tuff überall von Löchern durchsetzt ist. So hat die Tätigkeit dieser Bohrer besonders in der Klutzzone einen gewissen Anteil an der Verwitterung der Gesteine.

Die Schlosspark Steglitz G. m. b. H. hat den Umbau des „Großer Haules“ in Angriff genommen. Es wird im September dieses Jahres als Konzert- und Theateraal eröffnet werden.

Groß-Berlin

Um die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen.

Eine Berliner Korrespondenz, die gute Beziehungen zu den Rechtsparleien hat, verbreitet folgende Mitteilung, die ihr aus Stadtverordnetenkreisen zugegangen ist:

Es ist begreiflich, daß die bedeutungsvolle Frage, ob die Groß-Berliner 225 Stadtverordneten und sämtliche Bezirksverordnetenwahlen durch das Oberverwaltungsgericht für gültig oder ungültig erklärt werden, schon jetzt die Gemüter nicht nur in den engeren städtischen, sondern auch in weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung beschäftigt. Und nach der bisherigen Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts und der ganzen Lage der Dinge ist anzunehmen, daß die vom Senat des Oberverwaltungsgerichts auch in diesem Falle den gesamten Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung die Gültigkeit abgesprochen wird, wahrscheinlich mit der Begründung, daß die vom Ministerium des Innern erlassene Wahlordnung über die Grenzen seiner Befugnisse hinausgegangen sei. Aber das sind, wie erwähnt, Vermutungen, und die in der Öffentlichkeit verbreiteten Mitteilungen, als ob die Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenwahlen schon jetzt feststehende Tatsache sei, stellen in dieser Form eine grobe Entstellung der wirklichen Sachlage dar. Es ist Gefährlichkeit des Oberverwaltungsgerichts, daß in solchen Fällen über seine Entscheidung unbedingte Vertraulichkeit gewahrt und nichts mitgeteilt wird, bevor nicht den beteiligten Parteien das Urteil schriftlich zugestellt ist. Und selbst die unmittelbar beteiligten Kreise, also die Wähler und Besetzten, erfahren nichts. Alles, was jetzt verbreitet wird, sind lediglich Vermutungen, vielleicht begründete, eilen aber doch den Tatsachen weit voraus. Man tut daher gut, sich in Geduld zu fassen und das Urteil abzuwarten, das vielleicht gegen Mitte oder in der zweiten Hälfte des Juli zugestellt und veröffentlicht werden dürfte. Da dann kommunale Ferien sind, kommt das Urteil immer noch rechtzeitig genug.

Der wichtigste Satz, auf den es hierbei ankommt, ist ein lautes Deutsch vermissen. Er lautet: ... daß die vom Ministerium des Innern erlassene Wahlordnung über die Grenzen seiner Befugnisse hinausgegangen sei. Wenn das wirklich der Fall sein sollte, dann könnte es geschehen, daß die Berliner Wahl kassiert wird, weil das Ministerium des Innern einen Fehler gemacht hat. Allerliebste Ausflüchte!

Der Grund aber zur Verbreitung dieser Mitteilung in diesem Augenblick scheint die Angst der bürgerlichen Herrschenden zu sein, daß ihnen ihr Ansehen und ihre Sommerferien durch ein allzu frühes Bekanntwerden des Urteils und ein demzufolge frühes Einsehen der Wahlpropaganda arg gestört werden würden. Mögen sie sich bei Herrn v. Guerners und seinen Genossen bedanken, die ihnen diese Suppe eingerührt haben. Der Sozialdemokratie kann es gleich sein; sie wird heute wie nach drei Wochen in den Wahlkampf eintreten.

Es wird auf alle Fälle einen Wahlkampf geben, wie ihn Berlin noch nicht gesehen hat, und seine Ergebnisse werden derart sein, daß das Bürgertum wünschen wird, diesen Streit nie vom Zaune gebrochen zu haben. Dieser Wunsch geht für jeden Klarsehenden heute schon aus der obigen Veröffentlichung hervor.

Chaos in der Eisenbahnverwaltung.

Dem Berliner Publikum ist in Dingen des Verkehrs wiederholt von den verschiedensten Seiten, auch von Ausländern, eine Kommerzgewalt nachgesagt worden. Auf diese Gewalt scheint sich auch diesmal wieder die Eisenbahnverwaltung hinsichtlich des Kartenvverkaufs zu den Fernzügen verlassen zu haben. Die Folge ist ein Verlegen des Vorverkaufs, das einem vollkommenen Zusammenbruch ähnlich sieht. Die ganze Nacht hindurch müssen Menschen an den Schaltern stehen, um überhaupt eine Karte zu bekommen. Der Anhalter Bahnhof hat einen prachtvollen Schalteraum mit 16 Schaltern, von denen nur zwei geöffnet waren. Auch ist die Anzahl der Fernzünsonderzüge viel zu gering, und hätte das Drei- bis Vierfache betragen müssen. Kurz und gut, ein Zustand nicht unähnlich einem Chaos. Die Empörung im Publikum ist so groß, daß, wie wir hören, sie sich bereits zu Reichwerden und Eingaben beim Reichstag zu verzeichnen beginnt. Wenn das der Fall sein sollte, würde der Herr Reichsverkehrsminister einen schweren Stand haben.

Es gibt nämlich auch noch andere merkwürdige Dinge zu besprechen. So befindet sich zum Beispiel an der Ostseite des Potsdamer Hauptbahnhofes eine Kampe für die Aufsahrt zu den ehemaligen Kaiserzimmern, die also heute

und in Zukunft vollkommen zwecklos und sogar verkehrshemmend ist, weil sie an dieser Stelle die Zu- und Anfahr der Postwagen und der Wagen zum Ring- und Vorortbahnhof behindert und verstopft. Was läge näher als die Kampe gelegentlich zu beseitigen. Die Gelegenheit war da, aber wurde mißachtet. Als der Zement- bzw. Asphaltbelag ein wenig schadhast geworden war — äußerlich war kaum etwas zu merken — wurde die Fahrbahn mit ganz neuen Platten abgedeckt, außerdem aber wurden am Eingang Pfähle angebracht, damit kein Wagen darüber wegfahren kann. Das Ganze eine unsinnige Geldausgabe und eine zwecklose Einrichtung, denn eine Kampe, die für den Fahrverkehr gesperrt ist, ist überflüssig. Warum also konnte dieses Verkehrshindernis nicht einfach beseitigt werden? Oder soll es auch noch als ein Denkmal aus der guten alten Zeit erhalten werden?

Es wäre also dringend wünschenswert, daß sich die Eisenbahnverwaltung mehr verkehrsfördernd betätigte.

Der Eisenfresser.

In der Schwurgerichtsverhandlung gegen den Arbeiter Adolf Schuster traten mehrere Entlastungszeugen auf, die aber das Alibi des Angeklagten nicht beweisen konnten. Unter den sonstigen zahlreichen Zeugen befanden sich viele, die nur vom Hörensagen etwas zu bekunden vermochten. Dagegen traten vier Zeugen auf, die so belastende Aussagen machten, daß ein Zweifel an der Täterschaft des Angeklagten an der Tötung des Hauseigentümers Hennig in Schöneberg nicht möglich war. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, den er den „Schrecken von Schöneberg“ nannte, das Schuldig wegen Totschlages. Der Verteidiger machte geltend, daß körperliche Qualen den an Knochenverluste schwer leidenden Angeklagten zeitweilig jeder Besinnung beraubt und in seine verzweifelte Abenteuer gestürzt haben. In rechtlicher Beziehung käme nur Körperverletzung mit Todeserfolg in Frage. Die Geschworenen gaben ihren Schuldspruch auch nur im Sinne des Verteidigers ab. Der Staatsanwalt beantragte 10 Jahre Zuchthaus. Das Gericht verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht auf die Brutalität der Tat unter Einrechnung der wegen des Pferde Diebstahls gegen ihn erkannten zweijährigen Gefängnisstrafe zu 7 Jahren Zuchthaus. 9 Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Wegen Beleidigung der Oberlehrerschaft verurteilt.

Der Führer der Unabhängigen in Dranienburg, Stadtverordneter und Kreisstadtsabgeordneter Schoof, ist vom dortigen Schöffengericht wegen öffentlicher Beleidigung der Oberlehrerschaft zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. Schoof hatte, dem „Dranienburger Generalanzeiger“ zufolge, in einer öffentlichen Sitzung der dortigen Stadtverordnetenversammlung gesagt: Man müsse sich schämen, die Kinder in eine höhere Schule zu schicken, wo sie „zu Verbrechern erzogen“ würden.

Der Raubmord in der Vorhoffstraße. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei zur Aufklärung des Raubmordes an dem Oberpostassistenten Splettschöfer veranlaßten gestern vormittag den Mordbereitschaftsdienst zu einem Lokaltermin. Heute über und unter der Splettschöferschen Wohnung hatten bekundet, daß sie schlagartige Geräusche gehört hätten. Splettschöfer ist aber erschossen worden. Die Kriminalkommissare stehen in der Wohnung des Ermordeten mehrere Schüsse abgeben, und es zeigte sich, daß die Zeugen oben und unten den Knall so hörten, wie jene „schlagartigen Geräusche“, die sie um 8 Uhr abends vernahmten. Von größter Wichtigkeit ist es, den Verbleib der dem Ermordeten geraubten goldenen Herren-Anker-Remontoiruhr mit Sprungbedel und dem Goldstempel 0,585 festzustellen. Ihre Nummer liegt zwischen 67 000 und 68 000. Der innere metallene Deckel trägt die Inschrift: „Ancre Ligne Droite 16 Rubis Spiral Breguet Cache Poussiere Remontoir Chaton“. Das cremefarbene Emaillezierblatt hat deutsche Zahlen und Sekundenzeiger, die Innenseite des goldenen Rückdeckels als Fabrikzeichen eine Krone in einem Kreise und die Buchstaben R. D. in einem Stern. Außerdem den Goldstempel B. 56/0,585. Die Außenseite zeigt ein Wappenschild. Wer über den Verbleib dieser Uhr irgendwelche Angaben machen kann, erhält, ohne Rücksicht auf die Gesamtbelohnung von 5000 M., eine Sonderbelohnung. Alle Mitteilungen nehmen die Kriminalkommissare Legtmeier und Dr. Anuschat im Zimmer 86 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Die Waffensuche im neuen Schöneberger Rathaus führten in der letzten Bezirksversammlung im Bezirk 11 zu heftigen Zusammenstößen mit der Rechten. Die SPD-Fraktion hatte einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses eingebracht, der sämtliche Schöneberger städtischen Be-

häude nach Waffen durchsuchen und die Schuldigen feststellen sollte. Caspar begründete den Antrag. Die SPD hätte allen Grund anzunehmen, daß es sich hier nur um den Teil eines Lagers handelte und daß restlose Aufklärung zur Beruhigung der Bevölkerung geboten sei. Die Geduld der Sozialdemokratie sei erschöpft. Löse die Reaktion ihre Selbstschutzwahlorganisationen nicht auf, dann werde die Sozialdemokratie sich für den Schutz der Republik ebenfalls ihre Selbstschutzwahlorganisationen schaffen. — Für die USP. sprach Willberg.

Bürgermeister Berndt führte in seiner Antwort zu seiner Entschuldigung an, daß er bei seinem Amtsantritt nicht habe annehmen können, daß in den Kellern des Rathauses Waffen vorhanden seien. Bedenklich sei allenfalls die vorgefundene Munitionsmenge. Die Abwicklungsstelle der Einwohnerwehr behauptete, alle vorhandenen Waffen- und Munitionsbestände ordnungsgemäß angemeldet zu haben. Es müsse angenommen werden, daß bei der in Raten vorgenommenen Abholung Reste verborgen geblieben seien. Ob ein strafbares Verschulden vorliege, werde die eingeleitete gerichtliche Untersuchung ergeben. Die Demokraten brachten, um nicht unserem klaren Antrag zustimmen zu müssen, einen vermaßerten Antrag ein, den Dr. Heuß begründete und der schließlich mit Hilfe der Rechten angenommen wurde.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurden trotz der Warnungen unseres Genossen Frisch zwei Anträge der Rechten angenommen, die den Interessen der Wirtschaftlichen Vereinigung in die Hände arbeiten sollten, nämlich ein Antrag auf Freigabe des Weizenmehls und auf Uebertragung der Milchversorgung an den organisierten Milchhandel. Die Anträge werden hoffentlich bei den städtischen Körperschaften zu Fall gebracht werden. Bei einem Antrage der Rechten auf Aufstellung einer Statistik über die hier wohnenden Ausländer wies Genosse Erdmann darauf hin, daß man dadurch den Zustandsbericht, welche die so dringend notwendigen Geschäftsverbindungen mit dem Ausland herzustellen bemüht seien, keinen guten Dienst erweise. Nach Annahme einer Vorlage, betr. die Einrichtung einer Entbindungsklinik im Schöneberger Krankenhaus an Stelle der vom Magistrat Berlin angeordneten Aufhebung der 1. und 2. Klasse des Krankenhauses, nach Erledigung einer größeren Anzahl Vorlagen von geringerer Bedeutung wurde in später Stunde noch ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion beraten, in welchem das Bezirksamt ersucht wird, die im Haushalt für 1921 erheblich beschneiten Mittel für die Organisation der Ferienausflüge unserer Kinder nach Eichkamp aus Vorbehaltsmitteln des Bezirksamtes wieder aufzufüllen. Genosse Erdmann begründete den Antrag. Nach langem Hin und Her, wobei die Rechte zu keinem Entschluß kommen konnte, wurde endlich nach Befürwortung unseres Antrages durch den Bürgermeister Berndt die beantragte Summe aus Vorbehaltsmitteln des Bezirks bewilligt.

Der Gaspreis für das Versorgungsgebiet sämtlicher Gemeindegaswerke, also der ehemaligen Berliner, Charlottenburger, Reutöllner, Lichterberger, Spanbauer, Köpenicker, Tegeler, Wittenauer, Friedrichshagener, Hermsdorfer und Heiligenseer Gaswerke, ist von den Gemeindebehörden mit Wirkung von der im Laufe des Monats Juni 1921 erfolgten Standaufnahme ab einheitlich auf 1,50 M. für den Kubikmeter festgesetzt.

Auch die Fließbadeanstalt in der „Cuvrystraße“ ist jetzt eröffnet worden, so daß sämtliche Fließbadeanstalten in Betrieb sind.

Ueber das Schloßlazarett Charlottenburg und den Stand der Angelegenheit wird am Freitag, den 1. Juli, abends 7 Uhr, Pfarrer Bleier, 2. Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, sprechen und zwar im Bürgersaale des Berliner Rathauses, Neue Königstraße. Gäste willkommen. Es ist dringend notwendig, daß die Parteigenossen und Genossinnen in Massen erscheinen, um Protest zu erheben gegen die maßlose Hehe, die gegen Genossen Bleier von reaktionär-kirchlicher Seite wegen seines mannhaften Eintretens für die bedauernswerten Opfer des Krieges entfacht wird.

Bildungsausschuß Groß-Berlin.

Neben Abend „Der Kührleben“ im Ballner-Theater. Eintrittskarten à 7,50 M. sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 8, 2. Hof 4 Treppen, Zimmer 10 und bei den Bildungsausschussmitgliedern der Abteilungen.

Die Abonnementlisten für die fünf großen Festkonzerte im Winter 1921/22 liegen in den Abteilungen zur Einzeichnung aus. Auch in dem Bureau des Bezirksbildungsausschusses können Einzeichnungen erfolgen. Der Preis für alle fünf Konzerte beträgt 24 M. Zur Mitwirkung sind gekommen als Dirigenten: die Herren Jurimänner, Dr. Rud. C. Röhrig, Stecher, Professor Thiel. Als Solisten: Ed. Erdmann, Professor Walter Fischer, Waldemar Henle, Jela Raonisch, Rose Walter, Emil Kühne u. a. Das Bühnenorchester dirigiert. Vier Konzerte finden in der Bühnarmonie

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

17]

Der neue Herr imponierte ihm zwar nicht, aber er beobachtete es doch mit einer gewissen Bewunderung, wie der es verstand, von seinen Ellenbogen Gebrauch zu machen. Die Kraft, mit der dieser Mensch sich allenthalben Raum schaffte, war im Grunde nur forcierte Rücksichtslosigkeit und ein mangelndes Gewissen. Gewiß, er würde hochkommen, das sah man schon jetzt, er würde sein Vermögen verdoppeln, verdreifachen, allein er würde auf dem Wege, den er ging, Menschen liegen lassen, die durch ihn gefallen waren. Und die Leichen dieser Menschen würden ihm einmal den Schlaf seiner Nächte rauben. Gutzeit konnte das und empfand ein Gefühl der Befriedigung. Er wußte, daß es eine Gerechtigkeit gab.

Keuherlich scheinbar blind und taub, beobachtete er im geheimen doch seine Frau. Es entging ihm nicht, daß sie mit allem, was an Lebenswillen in ihr war, dem neuen Herrn zu strebte, daß sie diesem, wo immer es sich nur machte, zu verfallen gab, daß sie die Seine wäre, sofern er es nur wollte. Sie umkreiste ihn wie eine Mücke das Licht, von dem Grausamen, dem Zerstückungsstriebe in diesem Menschen, zauberisch angezogen, als erscheine es ihr als eine Lust, durch dieses Grausame ungenutzt zu werden.

Sie, die sich nie hatte genug tun können in Ansprüchen, die, um sich schmücken und pflegen, um das Wohlleben einer reichen Frau führen zu können, ohne Bedenken das Letzte aus ihm herausgepreßt hatte, — sie klagte jetzt mit keinem Wort über die Demütigungen, die sie hinnehmen, über die Entbehrungen, die sich sich auferlegen mußte, nur weil es ein Brutaler und Starker war, der sie ihr zufügte. Sie haßte nach einem Bächeln von den Lippen dieses Tyrannen, sie bettelte um ein schlüchziges Kopfnicken, um einen hingeworfenen, zerstreuten Blick.

Doch Reiser schien all das nicht zu bemerken. Oder doch: er bemerkte es wohl, aber er beachtete es nicht. Zuweilen warf er Gutzeit sogar Bemerkungen hin, aus denen diesem klar werden sollte, wie es um seine Frau stand. In solchen Augenblicken hoffte Gutzeit Reiser lächeln und hätte ihn erklagen können, denn dieses verächtliche Zurückschauen einer Frau war ihm nieles schmerzvoller, als es den glücklichsten Hebruch hätte sein können. Reiser spielte mit ihm, wie er mit der Frau spielte. Ihrer beider Angst war ihm eine Lust. Es war, als fühle er an ihnen eine Rache, die an einem anderen zu nehmen ihm versagt geblieben war.

Einmal sah Gutzeit seine Frau aus dem Privatkontor Reisers kommen. Ihr Gesicht war von Auregung gerötet und ihre Augen waren naß.

„Was hast Du,“ fragte er sie demütig, denn es war ihm, als müsse er sie um der Schmach willen, die ihr der andere angetan hatte, um Verzeihung bitten. „Was hast Du? Was hat er Dir getan?“

Ihre Antwort war ein einziger haßerfüllter Blick. „Geh! Was geht es Dich an? Du!“

Da ging er zu Reiser hinein und fragte in dem gleichen demütigen Tone: „Ich bitte Sie, ich sehe Sie an — sagen Sie mir, warum tranken Sie meine Frau?“

„Ihre Frau?“ Reiser lachte. „Ich rate Ihnen, Ihre Frau zu hüten!“

Gutzeit lächelte eingeschüchtert, in der Art armer, verachteter Juden aus dem Osten. Und er machte seine Stimme noch demütiger, denn es schien ihm, daß jener doch einsehen müsse, daß ein jeder Mensch, wenn er nicht zusammenbrechen sollte, nur ein bestimmtes Maß an Leid ertragen könne. „Sie peinigten meine Frau,“ sagte er weich. „Sie peinigten sie schlimmer, als wenn Sie sie schlagen würden. Bedenken Sie, daß sie ein Mensch ist! Und daß auch ich ein Mensch bin! Bedenken Sie das!“

„Ja,“ antwortete Reiser langsam und gleichsam prüfend, wie weit er noch gehen dürfe, „ich bedenke es. Aber ich werde trotzdem Ihre Frau schlagen. Ich werde es wirklich, das schwöre ich Ihnen, wenn Sie sich nicht endlich dessen erinnern, daß unsere Beziehungen nur geschäftliche sind.“

Gutzeit starrte ihn stumm an, erschüttert und doch wie erstaut.

Reiser rüttelte ihn an der Schulter. „Mensch,“ höhnte er, „sind Sie ein Mann?“

Gutzeit schien zu erwachen. Er fuhr sich mit seinen beiden Fingern über die stache Stirn hin. Er murmelte: „Das möchte ich Sie fragen: sind Sie ein Mann?“

„Wir können uns ja trennen,“ sagte Reiser kalt. „Ich brauche Sie nicht. Das wissen Sie doch, daß ich Sie nicht brauche?“

„Ja, das weiß ich...“

„Ich will Ihnen, wenn Sie nicht zu unerschämt sind, eine einmalige Abfindung geben... Wieviel beanspruchen Sie? Sagen Sie es, schnell!“

Gutzeit schüttelte den Kopf. „Nichts,“ sagte er, „nein, gar nichts...“

Und er wandte sich um, sah wie versunken die Wand entlang, ging schleppenden Schrittes bis zur Tür, öffnete diese, blickte noch einmal zurück auf Reiser und ließ dann lautlos die Tür hinter sich ins Schloß fallen.

„Starrkopf!“ schimpfte Reiser vor sich hin.

Gutzeit stieg die Treppe hinauf, trat in den Flur seiner Wohnung und pochte an die Tür des Zimmers, in dem sich seine Frau eingeschlossen hatte.

Drinnen rührte sich nichts.

Gutzeit pochte ein zweites Mal und bettelte: „Hilbe, ich bitte dich, öffne! Ich will mit dir reden. Ich muß es. Laß mich ein!“

„Nein,“ kam es heftig von drinnen.

„Ein letztes Mal, Hilbe. Ich gehe fort. Ich will mich verabschieden.“

Der Riegel wurde zurückgeschoben, und Gutzeit trat ein. Er ließ sich in gebeugter Haltung auf das Sofa sinken und stützte die Arme auf die Knie. Er sprach lange kein Wort. Seine Frau sah am Fenster und lehrte ihm den Rücken zu.

„Hilbe,“ begann Gutzeit nach einiger Zeit, „ich will dich etwas fragen.“

Seine Frau sah stumm zum Fenster hinaus.

„Hilbe, ich möchte dich fragen, warum du einen solchen Haß auf mich hast? Was habe ich dir getan?“

„Du bist mir gleichgültig,“ sagte seine Frau, und das klang stumpf und böse.

„Ich war dir gleichgültig, Hilbe, als wir uns heirateten, ja. Damals war ich dir gleichgültig. Aber jetzt hegst du einen Haß gegen mich. Das kannst du nicht leugnen.“

„Ich leugne es nicht,“ antwortete sie voll Verachtung.

Er holte schwer Atem. „Es ist gut, daß du das nicht tust, so werden wir uns klarer über unser Verhältnis. Unser Verhältnis war vom Anfang an eine Sünde, Hilbe. Der Haß ist jetzt die Frucht dieser Sünde.“

„Du bist ein Schwächling und ein Dummkopf!“

„Ich bin alt,“ sagte er ohne Erregung, „das ist alles. Einmal war ich jung, und einmal war ich auch reich. Aber jetzt bin ich arm. Das ist es.“

(Fortf. folgt.)







# Schuhputz Urbin beherrscht Berlin.

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften  
„Terpentinölware“, vom Guten das Beste.

**Ankauf  
Juwelen**  
Margraf & Co.  
Kanonierstr. 9.

Bezirksverb. Gr.-Berlin  
SPD. (Wenzlerstr. 10)  
31. Abteilung  
**Nachruf!**  
Am Freitag, den 24. Juni,  
nach unserer Genossin  
**Anna Tröger**  
Bornholmer Str. 81  
im Alter von 47 Jahren  
die Beerdigung fand am  
Dienstag d. 27. Juni 1921  
ihre letzten Ruhestätte  
Die Beerdigung.

**Korpulenz**  
beschwerl. Leibesfülle, Karie  
Hüften, Doppelstirn, befechtigt  
auch ohne Diät „Gra-  
slana“, Unschädlich, natürl.  
Ernährungsmittel, 50 Jahre  
in höchstem Alter bewährt.  
R. 15.—, 2 Pat. R. 43.50.  
Otto Reichel, Berlin 43  
Eisenbahnstraße 6

**Metallankaufsstelle**  
Osten,  
Grüner Weg 80  
zahlt Tagespreise für  
**Kupfer, Messing,  
Blei, Zink etc.**

**Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer**  
Montag, den 4. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr  
im „Deutschen Hof“, Cudower Straße 15:  
**General-Versammlung**

Tagesordnung:  
**Berichterstattung über die Tarifausführungs-Sitzung**  
Da dieser Versammlung sind außer den Delegierten die  
Vertrauensleute und Bruderstufleiter eingeladen. Ohne  
Legitimation kein Zutritt! 4/11\* Der Vorstand.

**Verein der Stereotypen u. Galvanoplastiker**  
Berlins und Umgegend 41/10  
Sonntag, den 3. Juli, vormittags 10 Uhr, im  
Graphischen Vereinshaus, Alexandrienerstr. 44:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**

Tagesordnung: **Nachsprache über berufliche Fragen.**  
Vertrauensmännerliste des Berliner Gaus legitimiert.  
Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Ein Appell an Pfeifenraucher!!**  
**Genießen rauchen nur Hosse-Tabak.**  
Wollen Sie einen wirklich garantiert reinen,  
ungefärbten Rauchtobak rauchen???  
Dann bitte verlangen Sie bei Ihrem Zigarrenhändler  
zur Probe ausdrücklich nur Fabrikate der Tabak-  
fabriken **P. G. Hosse W., Hanau**, gegr. 1808  
Hosse-Tabak, Mittelschnitt 1/2-Pfd.-Pak. M. 2.50  
Hosse-Blaborn-Tabak, Krüllschnitt 1/2-Pfd.-Pak. M. 2.75  
Hosse-Krüllschnitt 3/4-Pfd.-Pak. M. 3.00  
Hosse-Virginia-Mischung 1/2-Pfd.-Pak. M. 6.00  
Hosse-Pastoren-Tabak 1/2-Pfd.-Pak. M. 6.50  
Einmal versucht — dauernd Kunde!!  
Generalvertr.: G. E. Singelmann & Co., Berlin SW 48

**Alle Metalle Preiserhöhung!**  
Zinn! Lötzin! Weißmetall! Zahngebisse! Zahn-  
blei! Blei! Dring. f. Spezial- b. 100, Platinabfälle!  
gebrauch! Kupfer, Rotg., Gold- u. Silberbroch.  
Messing, Nickel, Aluminium, Gold- u. silberhalt.  
Zink, Stannolpapier, Glüh- Rückstände! Queck-  
strumpflascbe bis 100 M. silber, salpet. Silber  
kaut zu Tageskursen  
Edelmetall-Einkaufsbureau Weberstraße 31.

## Peek & Cloppenburg

BERLIN C G.m.b.H. Gertraudenstr. 25-27

### Bekleidung

für **Reise und Sommerfrische.**  
Eigene Herstellung in bester sorgfältiger Ausführung

Unsere Bestände bieten für jede Jahreszeit die  
richtige frische, moderne

## fertige Kleidung

und zwar immer zu äußerst vorteilhaften Preisen

- Herren-Sport-Anzüge
- Herren-Reise-Kleidung
- Herren-Wetter-Mäntel
- Herren-Flusch-Mäntel

Neu aufgenommen:

## Damen-Mäntel

aus Kamelhaarloden. Die Mäntel sind leicht,  
schützen trotzdem vor Regen und Kälte

**Das Beste für den Landaufenthalt**

**Prozesse**, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teil-  
zahlung, Ehe-, Alimenten-, Straf-  
sachen, Steuern, Gnadengesuche.  
Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H.,  
Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber  
Tietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Beobachtg. Tel.: Königl. 2595

## KLEINE ANZEIGEN

**Jedes Wort 1 M.** Das fettgedruckte  
Wort 1,50 M. (zu-  
lässig zwei fettgedruckte Worte). Stellengesuche  
und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fett-  
gedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pf. Worte  
mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

**Anzeigen** die für die nächste Nummer  
bestimmt sind, müssen bis um  
5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des  
Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstrasse Nr. 3,  
abgegeben werden. Dieselbe ist von morgens  
9 Uhr bis abends 5 Uhr ununterbrochen geöffnet

**Verkäufe**  
Abfahrpumpen, Druck-  
pumpen, Sauger, Rohre, ge-  
brauchte, neue, spottbillig.  
Schroeder, Fochstraße 33.

**Stammenerregend!** Kreuz-  
fische 85, Rochfische 75 ff.  
an, Knochenschädel, Jobelfische  
sowie alle anderen Delikatessen,  
Belmüntel, alles zu bedeu-  
tend herabgesetzten, spottbil-  
ligen Sommerpreisen. Reine  
Lombardwaren! Delhaus!  
Waldhauserstraße 7. 172R\*

**Kreuzfische 85.** Sämtliche  
Belmüntel, herabgesetzte  
Sommerpreise. Reine Kom-  
bimare, Delhaus Rosen-  
thalerstr. 203/4, Ede Rosen-  
thalerstraße 187R\*

**Anzüge 250.** Coocecoat  
875, Gummimäntel 775,  
Hosen 45, Freizeitschiffe.  
Reine Lombardwaren, Delhaus  
Rosenthalerstr. 203/4, Ede Rosen-  
thalerstraße.

**Delhaus Kleidstraße 2**  
(Halleisches Tor) verkauft  
spottbillig Herrenanzüge,  
Reine Lombardwaren. 143R\*

**Wettmäße billig!** Drei bil-  
lige Wettmäße, 29, 30, Juni  
und 1. Juli. Gelegenheits-  
auswahl. Delhaus 35,  
Rissen 11, Sosen 19, An-  
lette, Federstich, 35, Hand-  
tücher, Wäsche, sowie  
einige Deckbetten unglau-  
blich billig. Fahrvermittlung,  
Berliner Wäscheb. Post-  
amtstraße 1, Ede Wilhelm-  
straße.

**Wozum 1900 Kauf!** Sie einen  
Anzug? Bei Burger, Reich-  
bergerstr. 150, noch 11, kaufen  
Sie feine Anzüge, Maß ge-  
arbeitet, zu bedeuend billi-  
geren Preisen. Große Aus-  
wahl in Cutanans, Ostrod-  
anzügen, Coocecoats, Wo-  
rengepaletots, Gummimäntel,  
Jünglingsbekleidung, schwarze,  
gestrichelte Hosen, Fahrver-  
mittlung Postb. Tor, links um  
bis Ede. 30775\*

**Wettmäße enorm billig!** Fed-  
erbetten 37, Rissenbetten  
11.50, Bettlatten 21, An-  
lette 30, Wäsche, so-  
wie Handtücher, Engländer, Be-  
leuchtungen, Fahrver-  
mittlung, Arbeitsamt, Spezia-  
geschäft, Wäscheb. Post-  
amtstraße 1, Ede Wilhelm-  
straße 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

**Schreibgarnitur**, echt Mar-  
mor, Beistelle, 1,10 lang,  
La Matroze, verkauft Klein,  
Friedrichstraße 29. 420

1201 entzündende Röhren,  
weidlichen und laßten, mo-  
derne Ausführungen, prima  
Emallicolad, Röhrenauswahl,  
zu festhalt billigen Preisen!  
Besichtigung lobend! Möbel-  
haus Osten, nur 30, Walden-  
straße 30. 150R

**Musikinstrumente**  
Pianos, großes Esner neuer  
und gebrauchter Instrumente.  
Göcker, Gausstraße 108.

Pianos, Stückflügel, Feil-  
bensfabrikate, garantiert gut  
und billig. Dittmar, Große  
Frankfurterstr. 44. 60/7

**Fahrräder**  
Radfahrmaschinen, Klee-  
scheider, Wanderer, Edel-  
schmid, Drais, Simson,  
König, Schöner, Schöner,  
spottbillig. Schöner, Wein-  
meisterstraße 102. 106/4\*

**Wahrscheinlich**, zweifelhafte,  
Preisüberhöht, alle-  
möglich. Schöner, Wein-  
meisterstraße 102. 106/4\*

**Fahradnummer** spottbillig!  
König, Gausstraße 108.  
Schöner, Weinmeisterstraße  
102. 106/4\*

**Möbel-Verkauf**, Wetzlich  
38, Friedrichstraße, zu den-  
bar niedrigsten Preisen offer-  
t eine reiche Auswahl  
überaus billige, aufgeschaltete Kup-  
fer-Einrichtungen, eigene  
Schlafzimmer, Speisezimmer,  
Dorngemächer, Küchen, Vor-  
hermöbel, Beschäftigung er-  
beten. Eventuell Zahlungs-  
erleichterungen. 181R\*

**Chaiselänge 100.** Chaisel-  
länge 75, Metallbet-  
ten 100, Kinderbetten,  
Weide, Auguststr. 23, Quer-  
gebäude. 183R

**Alles in den Schatten stellend**  
Leihhaus Brunnenstraße 5  
sind unsere jetzigen Preise  
Einmaliges Angebot! Nur 8 Tage!  
Herren-Anzüge, teils auf Seide, Wert  
bis 800 M. Jetzt 300, 350, 400 M.  
Farner: Kreuzfische, Seemäntel usw.  
80% herabgesetzt. — Keine Lombardwaren.

**Damenkleider-Arbeiterinnen**  
auf elegante und feinste Sachen erhalten gegen Vorlage von Probe-  
arbeit dauernde und lohnende Beschäftigung. Meldungen mit Auswahl u. Lohnbuch.  
3584b  
**Fischbein & Mengel, Lindenstr. 44-47**

# Prozeß gegen General Stenger.

Generalleutnant a. D. Stenger fuhr in seiner Schilderung fort. Böslich ferngelegen habe ihm der Gedanke, daß mehrere Feinde getötet werden sollten. Einen Befehl im Sinne der Anklage habe er nicht gegeben, anderfalls müßten ihn die ihm unterstellten Regimentekommandeure gehört haben. Daß einzelne Offiziere seine Ausführung als einen Befehl aufgefaßt hätten, könne möglich sein, aber diese Auffassung beruhe dann auf einem Mißverständnis. In der Schlacht bei Saarburg sei eine große Zahl von Gefangenen gemacht worden. Bei der Verfolgung des Feindes am nächsten Morgen habe er sich mit verwundeten Franzosen beschäftigt, ebenso am 26. August. Die Franzosen wurden ebenso verpflegt wie die deutschen Verwundeten. Erst lange Zeit nachher, eigentlich erst vor wenigen Monaten, habe er davon gehört, daß damals verwundete Gefangene erschossen sein sollten. Die Behauptung in der Auslieferungsliste, er habe die Abführung Gefangener beanstandet, sei unklar. Er ist überzeugt, daß er keinen solchen Befehl gegeben hat und der Ansicht, daß das, was er damals sagte, nicht als Befehl aufgefaßt werden konnte. Auf Vorhalt des Oberreichsanwalts bestritt der Angeklagte entschieden, am 20. August wieder Befehl gegeben zu haben, alle Gefangenen zu erschließen. Wenn er am 20. August gefragt haben sollte, man brauche keine Gefangenen zu machen, so habe er nur damit gemeint, man solle sich nicht mit der Gefangennahme von Feinden aufhalten, sondern lieber in den Operationen fortfahren.

Hierauf werden die Aussagen, die Stenger früher zu Protokoll gegeben hat, verlesen. Er hat damals seine Äußerungen vom August 1914 so ausgesagt, daß sie als Ausfluß der Rührung aufzufassen seien. Der Angeklagte Stenger erklärt weiter, daß es nicht seine Schuld sei, wenn Major Crullus als einziger seine Äußerung mißverstanden habe. Crullus sei damals nervös erregt gewesen und bald darauf in eine Heilanstalt gebracht worden.

Es wird nunmehr der zweite Angeklagte, Major a. D. Crullus, vernommen. Er gibt zu, am 26. August infolge nervöser Erschöpfung zusammengebrochen und in die Heimat geschickt worden zu sein. Der Präsident bezeichnet es als auffallend, daß Crullus dann später wieder an die Front geschickt wurde und mehrmals erkrankte. Major Crullus ist dann schließlich nach dem Osten gekommen und war dort infolge seines erregten, nervösen Zustandes Sinnestäuschungen unterworfen. 1916 wurde Crullus zur Westfront abkommandiert, wo er abermals einen nervösen Zusammenbruch erlitt. Als er in ärztlicher Behandlung war, soll Crullus gesagt haben, die Ereignisse am 21. und 26. August 1914 lasteten auf ihm und ließen ihm keine Ruhe. Dieser Äußerung will sich der Angeklagte nicht mehr erinnern. Der Präsident findet es erstaunlich, daß der Angeklagte sich auf diese Äußerung nicht mehr besinnen könne, obwohl er soeben seine militärische Laufbahn sehr genau geschildert habe. Der Vorsitzende weist weiter daraufhin, daß Crullus bei den Ermittlungen, die sich gegen Stenger richteten, sich nicht so bestimmt über die Vorgänge am 21. und 26. August 1914 ausgesprochen hat wie heute. Der Angeklagte Crullus verbreitet sich dann über

## die Vorgänge am 20. und 21. August 1914.

General Stenger habe den Befehl gegeben, alle auf dem Schlachtfeld verbliebenen verwundeten Feinde zu erschließen. Der Präsident hält dem entgegen, daß die Unterabteilung einen solchen Befehl zum Verbot als etwas Unerhörtes bezeichnet haben müßten. Der Angeklagte erwidert hierauf nichts und erklärt dann weiter, daß er den Befehl weitergegeben habe. Ein anscheinend tot daliegender Franzose, der die Augen aufstut und ein Gewehr neben sich liegen hatte, erschossen worden. Der Major Müller, der später gestorben ist, hat nach Aussage des Angeklagten den Befehl dazu erteilt, nachdem der zur Erschießung kommandierte Soldat sich zunächst geweigert hätte, dies zu tun. Ein anderer Franzose, der scheinbar um sein Leben bat, ist ebenfalls erschossen worden, nachdem er in Gefangenschaft geraten und von einem deutschen Soldaten mit Kaffee erquickt worden war. Der Angeklagte schildert die Kämpfe des ersten Tages, die sehr verlustreich waren. Er habe dabei zum ersten Male beobachtet, daß Dumm-Dumm-Geschosse und deutsche Munition gegen uns verwendet wurden.

## Auf eine Frage des Präsidenten sagt der Angeklagte aus, daß

der Befehl des Generals Stenger am Vormittag des 21. August gegeben wurde, ehe der Exerzierplatz in Saarburg vollstet wurde. Der Anführer Müller auf dem Exerzierplatz einen Gefangenen auf seinen Befehl erschossen habe, bestrittet der Angeklagte. Es seien damals

## 20 bis 30 Gefangene erschossen

worden. Der Angeklagte gibt zu, er habe angenommen, daß auch Verwundete erschossen worden seien.

Bei Schilderung der Ereignisse am 26. August erzählt der Angeklagte, es sei damals der Befehl gegeben worden, keinen Warden zu geben und keine Gefangenen zu machen. Dieser Befehl sei vor allen Offizieren

## vom General Stenger gegeben

worden. Andere Personen hätten ähnliche Äußerungen des Generals gehört. Den Befehl des Generals habe er an seine Kompanien weitergegeben. Damals sei er hier seiner Nervosität gewesen. Was weiter gesehen sei, wisse er nicht mehr.

Der Angeklagte Stenger bleibt gegenüber den Behauptungen des Angeklagten Crullus bei seinen früheren Angaben, daß er sich nicht so bestimmt ausgesprochen habe.

Es wird dann die Äußerung des Angeklagten Crullus gegenüber dem ihm damals behandelnden Professor, Geheimrat Anton-Halle erörtert, daß Crullus unter dem Druck der fürchterlichen Ereignisse bei der Erschießung der Gefangenen schwer gestitten habe. Der Angeklagte Crullus erzählt, daß er gegen Alkohol sehr wenig widerstandsfähig sei. Vor Mitteilung des Befehls am Morgen des 21. August habe er Wein getrunken, nachdem er vorher überhaupt nichts gegessen hatte.

Der Angeklagte Stenger hat am 26. August den Crullus zwar nicht betrunken gefunden, aber den Eindruck gehabt, daß dieser Offizier sofort von der Front wegmüsse. — Crullus will sich der weiteren Vorgänge nach dem Vormittag des 21. August nicht mehr erinnern.

Der Oberarzt in der Jernanstalt Itzen bei Hannover, Dr. Fernau, wird hierauf als Sachverständiger vernommen. Er hat Crullus damals in Behandlung gehabt und sich Notizen über die Angaben des Angeklagten gemacht. Crullus habe damals gesagt, es sei gegen sein Gefühl gewesen, daß er Gefangene auf höheren Befehl habe erschießen lassen müssen.

Es wird nunmehr in die

## Zeugenvernehmung

eingetreten.

Generalmajor a. D. Konrad Neubauer aus Blankenburg a. Harz erzählt von den Vorgängen am 21. August und den Äußerungen, daß die verwundeten Franzosen heimtückisch zu den Gewehren griffen und auf die Deutschen schossen. Er habe dann an-

geordnet, daß alle französischen Gewehre zertrümmert würden. Von dem angeblichen Befehl seines Vorgesetzten, des Generals Stenger, weiß er nichts. Er habe keine Befehle erhalten. Wenn ein Vorgesetzter wirklich einen solchen Befehl erteilt hätte, würde er ihn als unzulässig nicht ausgeführt haben. Der Zeuge erwähnt dann die Notizen, die über die Säuberung des Waldes, über die heimtückische Kampfweise der Franzosen von den Bäumen herunter usw. verbreitet wurden. Darüber habe natürlich große Enttäuschung geherrscht.

Über einen Befehl, Verwundete zu erschließen, habe Stenger nicht gegeben.

Der Zeuge hätte es hören müssen, da er in der kritischen Zeit in unmittelbarer Nähe Stengers seines Vorgesetzten, sich befand. Zurufe an die Mannschaften seien allerdings üblich gewesen. — Der Angeklagte Crullus hält diesen Angaben gegenüber seine früheren Angaben aufrecht, daß Stenger den erwähnten Befehl gegeben habe.

Zeuge Neubauer erklärt, wenn festgestellt wäre, daß die Franzosen instruiert waren, in der erwähnten heimtückischen Weise von hinten und oben auf unsere Truppen zu schießen, würde er einen solchen Befehl für gerechtfertigt gehalten haben. Der Zeuge erzählt dann, daß Crullus sehr erregt aus dem Wald gestürzt sei und wie ein Wahnsinniger gerufen habe, alles sei vorüber. Er, der Zeuge, habe den Angeklagten sofort suspendiert und zurückgeschickt. Das war am 26. August. Der Zeuge macht darauf aufmerksam, daß schreckliche und erschütterliche Ereignisse in der Phantasie der Soldaten in unglaublicher Weise vergrößert und ausgebaut wurden, so daß auf deren Äußerungen in Briefen, Tagebüchern usw. tatsächlich wenig Wert gelegt werden könne.

Generalleutnant a. D. Eckermann aus Freiburg i. Br. erklärt bestimmt, daß er weder am 21. noch am 26. August einen Befehl der erwähnten Art von Stenger erhalten habe, weder schriftlich noch mündlich. Der Zeuge sagt, man habe damals an der Grenze das Gefühl gehabt, daß wir überfallen seien. Daraus erklärte sich die Erbitterung der deutschen Mannschaften. Die Stimmung am 26. August sei eine derartige gewesen, daß man die Kampfweise der französischen Alpenjäger, die von den Bäumen und von hinten schossen, nicht für ritterlich gehalten habe. Von einem Befehl des Majors Müller, alles totzuschießen, hat der Zeuge gehört, und zwar in der Weise, daß Müller einige Gefangene habe erschießen lassen. Von dem Gespräch und Befehl Stengers, Verwundete niederzuschießen, habe er am Morgen des 21. August nichts gehört, obwohl er hätte es hören müssen. Auf Befragen nach der Zeuge, er halte es für unzulässig, einen feindlichen Soldaten, der sich ergeben wolle und die Hände hochhabe, zu erschießen. Nur wenn er wisse, daß Gefangene von verbotenen Waffen Gebrauch zu machen veruchen, würde er die Erschießung solcher Gefangenen für berechtigt halten.

Dr. med. Döhner aus Untergrumbach b. Bruchsal wurde als Zeuge und Sachverständiger vernommen. Er teilte mit, daß er an dem französischen Tage Wundarzt war. Er habe auf dem Exerzierplatz Tote und Verwundete liegen sehen. Dort hörte er den Angeklagten Crullus brüllen:

„Wollt ihr den Brigadefehl nicht ausführen?“

Ein Soldat habe dem Zeugen auf Befragen gesagt: „Wir sollen die Verwundeten erschließen.“ Zweifellos hätten die am Boden liegenden Franzosen hinter den Deutschen hergeschossen. Der Mann, mit dem er gesprochen, habe gesagt: „Wir können doch nicht wackere Verwundete erschließen.“ Die deutschen Soldaten seien dann weitergegangen. Crullus sei ganz rot und in großer Erregung gewesen und habe Säbel und Revolver in der Hand gehabt. Ob irgendein Franzose damals erschossen worden ist, weiß der Zeuge nicht. Er kam ohne Waffen in eine Schanze, in welcher viele Franzosen lagen. Ein französischer Kapitän sei mit einem Gewehr auf ihn einedrungen, wobei der Kapitän von einem deutschen Soldaten erschossen wurde. Der Zeuge hat in den Gewehren der Franzosen Dum-Dum-Geschosse gefunden, und zwar seien diese Geschosse Maschinenarbeit gewesen. Diese Geschosse hat er dem General Stenger übergeben. Am 26. August hat er den Angeklagten Crullus wieder getroffen und ihn vollkommen aufgelöst gefunden. Er habe ihn dringend empfohlen, zurückzugehen. Der Zeuge erinnert sich keines Falles, in welchem auf Befehl des Angeklagten Crullus jemand erschossen worden sei. Er hat aber in diesen Tagen seine damaligen Briefe in die Heimat wieder in die Hand genommen und teilt daraus mit, die Franzosen hielten sich nicht an das Genfer Kreuz.

„Auch wir haben Gefangene erschließen müssen,

weil sie heimtückisch aus dem Hinterhalt auf uns schossen.“ Der Zeuge erzählt dann noch weiter über die Richtachtung des Genfer Kreuzes durch die Franzosen.

Auf Befragen des Sachverständigen, Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Anton aus Halle a. d. S., erklärt der Zeuge, daß der Angeklagte am 26. August zweifellos unzurechnungsfähig war, und daß er dies auch für den 21. August annehmen müsse. Daß Crullus übermäßig dem Alkohol ergeben war, hatte er damals nicht gewußt.

Staatsanwaltschaftsrat Bangels aus Berlin war Ende 1914 Adjutant des Gekriegsrichters in Wülshelm i. Baden. Er erklärte, daß Crullus auf ihn einen verwirrten Eindruck gemacht habe.

Landbauer Paul Ortensberger aus Franken i. Elsaß, ein französischer Zeuge, war bei der dritten Kompanie des Infanterieregiments 112 als aktiver Soldat, hat die Schlacht bei Saarburg mitgemacht und ist dann zu den französischen Truppen übergegangen. Am 21. August 1914, so sagt er aus, habe Crullus angeordnet, einzeln angegriffene Franzosen und verwundete Gefangene zu erschließen. Crullus habe vor der Schlachtlinie gestanden und gesagt, es liege ein Brigadefehl vor. Auf Grund dieses Befehls habe ein Soldat einen verwundeten Franzosen erschossen, der auf dem Exerzierplatz gelegen hat. Der Franzose habe keine Waffe in der Hand gehabt und um sein Leben gebeten. Am 26. August habe Crullus den Befehl wiederholt und gesagt, es solle alles über den Haufen geschossen werden. Crullus habe von ausgetrockneten Augen und abgetrockneten Ohren gesprochen und damit den Befehl begründet. Der Zeuge selbst habe sich an der Erschießung nicht beteiligt.

Hierauf wird um 3 Uhr die Weiterverhandlung auf Donnerstag, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Den Verhandlungen moht der holländische Kriegsgerichtspräsident van Slooten bei.

## Italien verzichtet.

Mailand, 29. Juni. (DM.) Der „Secolo“ meldet: Italien hat dem alliierten Rat mitgeteilt, daß es vorläufig von einer Aburteilung der deutschen Kriegsschuldigen, soweit sie auf der italienischen Liste stehen, Abstand zu nehmen gewillt sei.

Ein Schuß veranlaßt wurde. Die Schießmeister waren dabei nicht beteiligt. Energetische Unschädlichmachung des Kohlenstaubes ist erforderlich. Die Wirkung der Verrieselung wird vielfach übertrieben. Die systematische Verrieselung in den Abbaufreuden hat nicht den beabsichtigten Erfolg gehabt. — Abg. Otter (U. Soz.) mündlich Einsetzung eines ständigen parlamentarischen Untersuchungsausschusses. — Minister Fischel: Aus eigener Anschauung erkläre ich, daß eine bestimmte Schuld nicht festzustellen ist. Ich lege Verantwortung dagegen ein, daß der Reichstagsauschuß den Bergbaupraktikern von den Verhandlungen ausgeschlossen hat.

# Wirtschaft

## Landwirtschaft und Umlageverfahren.

Alle großen landwirtschaftlichen Körperschaften, wie der Deutsche Landwirtschaftsrat, Deutsche Bauernbund, Generalverband der deutschen Reichslandwirtschaftlichen Genossenschaften, Reichsgrundbesitzerverband und Reichslandbund, Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Vereinigung der deutschen Bauernvereine haben folgende einmütige Kundgebung zur Ausführung des Umlageverfahrens in Getreide beschlossen:

„Die landwirtschaftlichen Körperschaften stehen nach wie vor auf dem Standpunkt der völlig freien Getreidewirtschaft. Nachdem das von ihnen bekämpfte Umlageverfahren, in dem sie eine Fortsetzung der Zwangswirtschaft nur in anderer Form sehen, Gesetz geworden ist, werden die landwirtschaftlichen Körperschaften unter Berücksichtigung der dadurch geschaffenen Lage und im Interesse der Verbraucher den Landwirten schnellste Erfüllung der ihnen auferlegten Lieferungsverpflichtungen empfehlen, um sich behördliche Zwangsmassnahmen zu ersparen und um möglichst bald freie Wahl über die Liefermenge zu erhalten. Die landwirtschaftlichen Körperschaften erwarten, daß die Umlage der letzte zwangsmäßige Eingriff dieser Art sein und nicht über das kommende Erntejahr ausgedehnt wird, mithin also auch wirklich den versprochenen Übergang zur völligen freien Getreidewirtschaft bedeuten wird. Um in dieser Beziehung Beruhigung in die durch das Umlageverfahren schwer enttäuschte Landwirtschaft zu tragen, wird die Regierung ersucht, nach der diesjährigen Herbstbestellung die völlige Befreiung jeder Zwangswirtschaft für Getreide mit dem Erntejahr 1923 geistlich festzusetzen. Die Möglichkeit höchster Produktionssteigerung muß der deutschen Landwirtschaft endlich wieder zurückgegeben werden.“

Hier wird also wieder einmal mit erfreulicher Offenheit ausgesprochen, daß die Landwirtschaft in dem Umlageverfahren das Sprungbrett zur schleunigen Herbeiführung der freien Wirtschaft bei Weltmarktpreisen sieht. Eine Regierung, der um die Erfüllung der Wiedergutmachung ernst ist, wird mit dieser Tatsache rechnen und zusehen müssen, wie sie die riesigen zu erwartenden Konjunkturgewinne für den Reichshaushalt erzielt. Schon die Konjunkturgewinnabgabe in der Lederindustrie, einem verhältnismäßig kleinen Gewerbezweig, hat seinerzeit über 100 Millionen Mark erbracht, die zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung verwendet wurden. Wieviel mehr erst wird das Umlageverfahren, das für einen bedeutenden Teil der Getreideproduktion bereits die Weltmarktpreise oder gar die freie Wirtschaft in den wichtigsten Nahrungsmitteln bringen soll, große Konjunkturgewinne den Landwirten bringen, die ohnehin von den meisten anderen Steuern, besonders von der Einkommensteuer, unverhältnismäßig wenig betroffen werden.

Ein so einfaches Verfahren wie eine einmalige Konjunkturgewinnabgabe kommt für die Landwirtschaft deshalb nicht in Betracht, weil mit dem Eintreten der Weltmarktpreise der deutsche Landwirt an dem Sinken der Valuta, das die Lebenshaltung des ganzen Volkes verteuert, unmittelbar interessiert wird und aus ihr am meisten Gewinne zieht. Die steigenden Preise aber haben bisher die Ertragsminderung der Landwirtschaft eher begünstigt als aufgehoben, wie die von ihren Vertretern oft zitierten, wissenschaftlich festlich angefertigten Produktionsziffern beweisen. Will also das Reich an den mit der Valuta steigenden Gewinnen der Landwirtschaft teilnehmen, so ist das nur in der Weise denkbar, daß das Reich eine Hypothek in Goldmark auf den gesamten landwirtschaftlichen Grundbesitz legt. Die Zinsen dieser Hypothek steigen und fallen dann mit den Brotpreisen und mit der Valuta. Dadurch aber würde die Landwirtschaft gezwungen werden, durch eine großzügige Produktionssteigerung die Valuta zu stützen, indem sie die ausländischen Getreideeinfäufe durch die Vermehrung der heimischen Erzeugung größtenteils überflüssig macht. Das kann sie nach dem Urteil ihrer maßgebenden Führer. So läuft das Interesse der Allgemeinheit an der Besteuerung gleich mit dem an der Produktionssteigerung, und es wäre nur zu wünschen, daß die verantwortlichen Führer der Agrarier sich dieser Einsicht nicht verschließen. Tun sie es doch, so wird man ihren Reden von der Produktionsfreudigkeit der Landwirtschaft weiter mit den Zweifeln begegnen müssen, die ihre oft unsachliche Agitation heraufbeschworen hat.

# Die erste Pflicht

jedes Hand- oder Kopfarbeiters ist die Unterstützung der Arbeiterpresse, weil nur diese die Arbeiterschaft in ihren Kämpfen mit dem Kapitalismus stützt und ihre gewerkschaftlichen und politischen Interessen nachdrücklich wahrnimmt.

Der „Vorwärts“ informiert seine Leser schnellstens über alle politischen und wirtschaftlichen Vorkommnisse und bietet mit seinen zwei illustrierten Beilagen „Volk und Zeit“ und „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ weitgehende Belehrung und Unterhaltung. Deshalb ist es für alle Hand- und Kopfarbeiter notwendig,

## den „Vorwärts“ zu bestellen.

Alle Genossinnen und Genossen haben die Pflicht, unablässig im Kreise ihrer Freunde, Bekannten und Arbeitskollegen für den „Vorwärts“ zu werben. Je größer die Abonnentenzahl unserer Presse, um so größer die Kraft des Proletariats in den kommenden politischen Kämpfen.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden.

Nach abemiere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 10 Mark pro Monat Zust.

Name \_\_\_\_\_  
Wohnung: \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_ Straße Nr. \_\_\_\_\_  
born — Hof — Duergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts.  
bei \_\_\_\_\_

## Regierung und Mont Cenis.

Im Hauptauschuß des Landtags gab Bergrat Hansfeld gestern eine ausführliche Darstellung des Unglücks auf der Zeche Mont Cenis. Er führte u. a. aus: Der Hauptanteil an der Explosion ist auf Kohlenstaub zurückzuführen. Fraglich ist, ob eine Schlagmutterexplosion dazugelommen ist. Das ist aber wenig wahrscheinlich. Die Veranlassung kann nur ein Schuß gewesen sein. Ein Schießmeister ist tot, der andere hat aber glaubwürdige Ausagen gemacht. Für einen Dynamitschuß liegen keine bestimmten Anhaltspunkte vor. Alles spricht für eine Kohlenstaubexplosion, die durch

# Gewerkschaftsbewegung

## Gegen die Novelle zur Angestelltenversicherung.

nahm die Generalversammlung des Zentralverbandes der Angestellten (Ortsgruppe Berlin) am Dienstag in den Sophienböden Stellung. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die den Reichstage unterbreitete Novelle zur Angestelltenversicherung, die für die Angestellten unerträglich hohe Beiträge vorsieht, ohne daß hinsichtlich der bisherigen bürokratischen Verfassung, der überhöhten Zentralisation, der völlig unzulänglichen Leistungen, irgend welche Änderungen eintreten sollen. Insbesondere vermissen die Angestellten in dieser Novelle, daß die zwischen der Angestellten- und Invalidenversicherung notwendigen Beziehungen hergestellt werden.“

Die Versammlung legt Verwahrung dagegen ein, daß dieses gesetzgeberische Machwerk dem Reichstag wenige Tage vor seinen Sommerferien plätzlich vorgelegt worden ist, ohne daß vorher das Reichsarbeitsministerium den freigewerkschaftlichen Angestelltenverbänden irgend welche Gelegenheit gegeben hat, zu den Plänen der Regierung Stellung zu nehmen und die Mitgliedschaften zu befragen. Die Delegiertenversammlung stellt sich voll und ganz auf den Boden der dem Abund angehörenden Reichstagsabgeordneten, die sich im 6. Ausschuß mit Erfolg gegen die von den Abgeordneten Thiel und Lombach gewollte Durchpeitschung der Novelle vor der Beratung des Reichstages gewandt haben.

Der Abund wird aufgefordert, unter der gesamten Angestelltenchaft unverzüglich eine großzügige Aufklärungsarbeit einzuleiten, um die Unzulänglichkeit der Novelle wie der gesamten Angestelltenversicherung überhaupt darzulegen, und Richtlinien aufzustellen, die geeignet sind, die Vereinheitlichung und den Ausbau der Angestellten- und Invalidenversicherung zu einer leistungsfähigen, die gesamte werklätige Bevölkerung umfassenden Sozialversicherung herbeizuführen.

Zur Berichterstattung über den Verbandstag nahm dann Publi das Wort. Er gab eine Uebersicht über die Verhandlungen und Beschlüsse und bedauerte im Laufe seiner Ausführungen, daß die Lehrlingsfrage nicht die gebührende Beachtung gefunden habe. In dem dazu gefassten Beschlusse seien verschiedene Punkte reviditionsbedürftig.

In der lebhaften Diskussion wurde von verschiedenen Rednern hervorgehoben, daß der Verbandstag wertvolle Grundlagen geschaffen habe, auf denen in Zukunft erprießlich weiter gearbeitet werden kann. Die Delegierte Weinberg nahm sich der Frauenfrage an, die auf dem Verbandstag zu kurz gekommen sei.

Platau (Ortsleiter der Afa) begründete eingehend eine Resolution Ulmer, die im Hinblick auf gewisse obstruierende Bestrebungen aus den Kreisen des dem Afa-Bunde ebenfalls angeschlossenen Werkmeisterverbandes von Bedeutung ist.

Gegen Fraktionsbildungen im Verband wandte sich Frh Schmidt, indem er es verurteilte, daß Franz Krüger kürzlich Verbandsmitglieder aus der SPD. zu einer Sonderbesprechung zusammenberufen habe, um eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Vertreter aller Richtungen hätten heute den Wunsch ausgesprochen, daß beim nächsten Verbandstage Geschlossenheit der Berliner Delegierten und Funktionäre vorherrschen möge. Solche Konsensbildungen bedeuten aber für die Herbeiführung oder Erhaltung einer Geschlossenheit eine große Gefahr.

Auch Körpel wandte sich gegen weitere Fraktionsbildungen innerhalb des Verbandes, auch wenn er damit seine eigenen Parteigenossen tadeln müsse. Franz Krüger trat den Angriffen entgegen, indem er die Entstehung des Fraktionswesens in der Ortsgruppe historisch darlegte. Ich bin der erste, alle Sonderbesprechungen über gewerkschaftliche Fragen einzustellen, wenn das von allen Seiten geschieht. Aber ich wehre mich dagegen, wenn man sich einseitig gegen einen wendet und nicht die Macht hat, andere daran zu hindern. Die Dinge liegen nun jezt so, daß der vom Verbandstag gefasste sogenante Konsensbeschlusse u. a. von den der RSPD. angehörenden Kollegen, die für Beamten- oder Funktionärsposten in Frage kämen, auch positiv verlangt, daß sie die Leitfäden der Moskauer Gewerkschaftsinternationale ebenso wie alle andern, die freigewerkschaftliche Bewegung schädigenden Bestrebungen bekämpfen. Demgegenüber verlangt die kommunistische Partei von den gewerkschaftlichen Funktionären weiter, daß sie unabhängig von den Beschlüssen des Verbandstages für Moskau arbeiten sollen. Aus dieser Situation erwächst doch für uns die Pflicht, diesen Bestrebungen der Kommunisten mit allen Kräften entgegenzuarbeiten. Ob dazu besondere Zusammenkünfte notwendig sind, ist eine reine Zweckmäßigkeitfrage.

Das hängt ganz vom Zusammenarbeiten in der Organisation ab. Ich meine: hören wir auf mit den Sonderbestrebungen, aber es muß ein Aufhören von allen Seiten sein. Wenn die Kollegen diesen Grundsatz vertreten und zeigen, daß sie ihn durchführen auch gegen die nicht zu bestreitenden Sonderbesprechungen der Kommunisten, dann werden wir uns nicht erst zwingen lassen, sondern von selber solche Sonderbesprechungen aufgeben.

Publi betonte in seinem Schlußwort, daß gerade, weil eine gewisse Abklärung eingetreten sei, es jezt sehr wohl möglich wäre, die verschiedenen gewerkschaftlichen Auffassungen auch ohne Fraktionsbildung auszutragen. Es müsse endlich eine gemeinsame Linie ge-

## SPD.-Funktionäre des Metallarbeiter-Verbandes!

Obleute, Vertrauensleute, Vertriebsräte und Delegierte zur Generalversammlung!

Freitag, 6 Uhr, Versammlung in den Sophienböden, Sophienstr. 17/18. Tagesordnung: Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Jena. Es ist unbedingte Pflicht jedes einzelnen, an dieser Versammlung teilzunehmen. Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

funden werden, auf der gearbeitet werden könne im Interesse der Organisation und letzten Endes im Interesse der Angestelltenchaft. Einstimmig wurde dann die Resolution Ulmer angenommen:

„Die Versammlung billigt den Organisationsvertrag zwischen ADBB. und Afa-Bund unter der Voraussetzung, daß die Beziehungen zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Ortsleiter der Afa keine Lockerung erfahren. Die Afa-Delegierten werden verpflichtet, für das Weiterbestehen des Vertrags der Berliner Ortsauschüsse vom 10. März 1921 einzutreten und einer Änderung nur in der Richtung einer noch engeren Verbindung zuzustimmen. Nur dem Afa-Kongress im Herbst sei für eine möglichst freiheitliche Gestaltung der Afa einzutreten, auch dahin zu wirken, daß alle technisch-organisatorischen Voraussetzungen für das Zusammenwirken der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten geschaffen werden.“

## Die Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe.

Die am Freitag begonnenen Verhandlungen des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker fanden am Dienstag ihren Abschluß. Der von den Arbeitnehmern (Buchdrucker und Hilfsarbeiter) gestellte Antrag auf Erhöhung der Leuerungszulage fand bei den Arbeitgebern im Buchdruckgewerbe nicht das geringste Entgegenkommen. Um jedoch nicht resultatlos auseinanderzuliegen, wurde auf Antrag der Unternehmer das Reichsarbeitsministerium zur Vermittlung angerufen, das sich sofort dazu bereit erklärte. Montag tagte dann ein unparteiisches Schiedsgericht, das am späten Nachmittag einen Schiedspruch verkündete.

Der Schiedspruch stellte zunächst fest, daß sich die wirtschaftliche Lage der Buchdrucker sowie die des Gewerbes in den letzten Monaten nicht wesentlich geändert habe und daher die Wirtschaftshilfe in den durch Abkommen vom 12. Februar vereinbarten monatlichen Beträgen bis zum 30. September 1921 weiter zu zahlen ist. Außerdem sollen für die Monate August und September folgende Beiträge monatlich zur Auszahlung gelangen:

In Orten bis einschließlich 7 1/2 Proz. Lokalzuschlag für Lohnklasse C Verheiratete 30 M., Ledige 15 M., für Lohnklasse B Verheiratete 22,50 M.; in Orten mit mehr als 7 1/2 bis einschließlich 17 1/2 Proz. Lokalzuschlag für Lohnklasse C Verheiratete 36 M., Ledige 18 M., für Lohnklasse B Verheiratete 27 M.; in den übrigen Orten (darunter Berlin) für Lohnklasse C Verheiratete 45 M., Ledige 22,50 M., für Lohnklasse B Verheiratete 33,75 M.

Den Hilfsarbeitern ist ein anteilmäßiger Betrag nach dem im Reichstarif festgesetzten Prozentsatz zu zahlen.

Die Lohnklasse A würde auch bei den neuen Zulagen vollständig auscheiden und von Lohnklasse B alle Ledigen. Die mit dem 30. Juni 1921 ablaufende Unterstützung für Kurzarbeiter wird durch den Schiedspruch leider aufgehoben, obgleich von den Hilfsarbeitern energisch für ihre Beibehaltung gestritten wurde.

Bis zum 10. Juli sollen die Parteien erklären, ob sie den Schiedspruch annehmen oder ablehnen. Die Vertreter der Arbeitgeber im Tarifausschuß haben dem Schiedspruch nicht zuge-

stimmt, sondern die Entscheidung den einzelnen Tarifstellen überlassen. Von Seiten der Arbeitervertreter ist eine Erklärung noch nicht abgegeben worden.

Die Berliner Buchdrucker nehmen am Montag in einer Generalversammlung im „Deutschen Hof“ einen Bericht von den Verhandlungen entgegen.

## Gegen die Ausschreitungen im Gewerkschaftshaus.

Montag fand eine Arbeitslosenversammlung der Buchbinder und Buchbindereiarbeiterinnen im Kopenhagener Hof statt. Sie nahm Stellung zu den 10 Punkten des ADBB. und zu den Demonstrationsobermächtigungen im Gewerkschaftshaus. Eine Resolution des Kollegen Weisel, welcher Mitglied der im Gewerkschaftshaus nicht funktionierenden Arbeitslosenkommision war, die dem ADBB. und der Gewerkschaftskommission die Schuld an den Ausschreitungen in die Schuhe schob, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Mit großer Mehrheit wurde die nachfolgende Resolution des Referenten Kaspar angenommen:

„Die am 27. Juni im Kopenhagener Hof stattfindende Arbeitslosenversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter erklärt sich mit dem bisherigen Ergebnis der 10 Forderungen des ADBB. nicht zufrieden. Die wenigen Milliarden, welche für die Erwerbslosenunterstützung, für die produktive Erwerbslosenfürsorge, für die Behebung des Baugewerbes zur Herstellung von Wohnungen, für die Reichsaufträge im Verkehrsweesen hergegeben wurden, sind wie ein Tropfen auf einen heißen Stein und haben uns eine fühlbare Hilfe nicht gebracht. Die Versammlung fordert, daß die 10 Punkte des ADBB. zu Kampfmaßnahmen der Gesamtarbeiterchaft werden und die gewerkschaftlichen Organisationen diesen Kampf zu organisieren haben. Die Versammlung bedauert die Vorkommnisse im Gewerkschaftshaus und verurteilt diese auf das nachdrücklichste.“

Buchdrucker und Frankensöhne. Auch im Buchdruckgewerbe hat die französische Währung ihren Einzug gehalten. Die Firmen, die den Franken bereits eingeführt haben, zahlen einen Wochenlohn von 102 bis 115 Frank, was bei dem gegenwärtigen Valutastand einer Summe von 570 bis 645 M. entspricht. Die Gehilfenchaft erstrebt in Anbetracht der hohen Kosten für die Lebenshaltung die Errichtung eines besonderen Kreistarifamts für das Saargebiet und sie appelliert an das Bündnis der gesamten Buchdruckergehilfenchaft Deutschlands für diese durch die lokale Zwangslage diktierte Forderung.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. Heute, 6 Uhr, Fortsetzung der Plenarversammlung vom 27. im Saal 1 des Gewerkschaftshauses.

Zentralverband der Angestellten. Heute, Metall: 7 Uhr Funktionäerversammlung in Hanelons Hof, Neue Friedrichstr. 38. — Kolonialwaren: Kleinhandel: 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in den Sophienböden, „Alt-Berlin“, Blumenstr. 10.

Freie Berggewerkschaft. Sonnabend 7 1/2 Uhr im Rathaus, Zimmer 63, Schötenband und Geschäftshaus.

Band der technischen Angestellten und Beamten. Freitag 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung: Neufuß, Ref. „Küsterstraße“, Bereich: 147; Ober-Schöneberg, „Hubertus“, Ref. „Küsterstraße“, Ober II, „Eugenstraße“, Kraschenbrennstr. 2; Schöneberg, „Eberhard“, Ref. 68; Eichenstr., Ref. „Gallener Garten“, Grünauer Str. 14; Tempelhof, „Kaffee-Restaurant“, Berliner Straße; Weihen, Ref. „Spandauer“, Berliner Allee 22. Auktord. Generalversammlung für Zentrum-Süden, „Alexandiner“, Alexandinerstr. 57a.

## Briefkasten der Redaktion.

Schriftliche Auskunft wird nicht erteilt.

J. T. W. Wenden Sie sich an Professor Drehsch, Friedenstr. 1. — G. C. T. Wir sind leider nicht in der Lage, die Streitfrage zu beantworten. — H. W. 14. Ja, sofern ein Tarifvertrag vorhanden ist und der Arbeitgeber Mitglied einer der vertretungsberechtigten Parteien oder wenn der Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt worden ist. — R. W. 22. 1. u. 2. Nein, 3. Gibt es nicht. — H. 24. Mit dem Tage, an dem die Unzulässigkeit eingetreten ist, sofern sich ihr Beginn feststellen läßt; sonst mit dem Tage, an dem der Rentenanspruch beim Versicherungsamt eingegangen ist. — R. C. 200. 1. Ja, 2. Der Rechtsbehelf dürfte die Sache sein. Gehen Sie aber die Rollen an tragen haben, so müssen Sie sie auch bezahlen. — G. C. 28. Warten Sie die Entscheidung des Versicherungsamtes ab. — J. R. 44. 1. Ja, 2. Nein. Sie aber haben sich zur Zahlung verpflichtet. — J. R. 1. Nein. — No. 7. W. Darüber bestehen keine Vorfragen. Versäumnisurteil kann nur gegen eine abwesende Partei erlassen werden. — Halberstadt. 1. Ja. Die Erhöhung tritt nur dann ein, wenn der Verleiher eine Rente von mindestens 50 Proz. der Vollrente bezieht. 2. Ja, sofern beide Renten den sechsenhalbfachen Grundbetrag der Invalidenrente übersteigen. — O. V. 10. Auf Werkwohnungen findet die Mieterkündigung keine Anwendung. — G. W. 100. Die Bedingungen sind vertrieben. Wenden Sie sich an eine Eisenbahndirektion. — O. V. 44. Uns nicht bekannt. Sofern Sie minderjährig sind, ist die Einwilligung Ihres Vaters bzw. gesetzlichen Vertreters erforderlich. — Votivier-Verein Bleifalten. Es besteht keine Anmeldepflicht.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Beyer, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Meißner, Berlin; Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag u. Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin. Anzeigen: 3. Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Gemüthl.“

# HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz  
Frankfurter Allee

**Neue Kartoffeln** grosse Italiener... Pfund **1<sup>55</sup>**  
**Corned beef** ausgewogen... Pfund **6<sup>90</sup>**  
**Apfeimus** ..... 2-Pfund-Dose **2<sup>60</sup>**  
**Gefrorene Kaninchen** ohne Kopf und Füsse... Pfund **3<sup>90</sup>**

Nur Leipziger Strasse — Alexanderplatz

<b>Fehlrippe u. Brust</b> gebraten Pfund <b>8<sup>00</sup></b>	<b>Schabefleisch</b> gebraten Pfund <b>12<sup>00</sup></b>	<b>Roast beef</b> mit Knochen, gebraten Pfund <b>10<sup>00</sup></b>	<b>Kalbskeule</b> frisch Pfund <b>10<sup>50</sup></b>
<b>Schmorfleisch</b> ohne Knochen, gebraten Pfund <b>10<sup>50</sup></b>	<b>Gehacktes</b> gebraten Pfund <b>9<sup>00</sup></b>	<b>Kalbskamm</b> frisch Pfund <b>9<sup>00</sup></b>	<b>Hammelfleisch</b> frisch Pfund <b>12<sup>00</sup></b>

**Bratflünder** ..... Pfund **1<sup>25</sup>**  
**Kabliau** mittelgross, im ganzen ..... Pfund **2<sup>20</sup>**  
**Gebrannter Kaffee** täglich frisch, in eigener Rösterei Pfund **18<sup>00</sup>**  
**Marmelade** ca. 40% Zucker ..... Pfund **1<sup>40</sup>**

**Rindertalg** ausgelassen ..... Pfund **6<sup>00</sup>**  
**Amerik. Heereskost** Bohnen mit Schinkenfleisch ..... Dose **2<sup>75</sup>**  
**Rotwurst** Thüringer Art ..... Pfund **10<sup>00</sup>**  
**Landleberwurst** ..... Pfund **10<sup>50</sup>**

**Wir bringen in dieser Woche besonders billig Spirituosen und Liköre**

Hale-Liköre wie Stouardorfer, Halb und Halb, Alpenkräuter usw. 1/2 Flasche <b>21<sup>50</sup></b> 1/2 Flasche <b>42<sup>00</sup></b>	Cherry-Brandy aus edlem Kirschwasser hergestellt 1/2 Flasche <b>26<sup>00</sup></b> 1/2 Flasche <b>50<sup>00</sup></b>	Allasch 00 la Qualität, 45% 1/2 Flasche <b>29<sup>50</sup></b> 1/2 Flasche <b>58<sup>50</sup></b>	Jamaikarum-Verschnitt alle, abgeklärte Qualität 1/2 Flasche <b>23<sup>00</sup></b> 1/2 Flasche <b>45<sup>00</sup></b>
---	---	--	--

**5000 Fl. Deutscher Weinbrand u. Weinbrand-Verschnitt**

<b>Bowlenweine</b> 1/2 Fl. <b>8<sup>30</sup></b> 10 Fl. <b>75<sup>00</sup></b>	<b>1919<sup>er</sup> Edenkobener</b> 1/2 Fl. <b>9<sup>75</sup></b> 10 Fl. <b>90<sup>00</sup></b>	<b>1918<sup>er</sup> Langsurer Berg</b> 1/2 Fl. <b>13<sup>30</sup></b> 10 Fl. <b>125<sup>00</sup></b>	<b>1917<sup>er</sup> Burgunder</b> Beaujolais 1/2 Fl. <b>10<sup>50</sup></b> 10 Fl. <b>20<sup>00</sup></b>
<b>Kodi-Rotwein</b> gute Qualität 1/2 Fl. <b>7<sup>30</sup></b> 10 Fl. <b>70<sup>00</sup></b>	<b>1918<sup>er</sup> Montagna - Naturrotwein</b> 1/2 Fl. <b>9<sup>75</sup></b> 10 Fl. <b>90<sup>00</sup></b>	<b>1917/18<sup>er</sup> Ingelheimer Rotwein</b> 1/2 Fl. <b>12<sup>00</sup></b> 10 Fl. <b>110<sup>00</sup></b>	<b>1919<sup>er</sup> Neustadter Böhl</b> Original-Genossenschaft 1/2 Fl. <b>18<sup>30</sup></b> 10 Fl. <b>175<sup>00</sup></b>

Fortsetzung des **Saison-Ausverkaufs** zu sensationell billigen Preisen